

Castor stoppen

Alle Atomkraftwerke sofort abschalten

Atomkraftwerke und Atom-müll sind eine tödliche Gefahr, Atomkraft ist ein unkalkulierbares Risiko. 'Was schief gehen kann, geht schief' – irgendwann, das lehrt alle Erfahrung und nicht erst seit der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl.

Von Georg Kümmel,
Köln

Die SPD hatte deshalb 1986 den Ausstieg in zehn Jahren beschlossen, die Grünen forderten den sofortigen Ausstieg. Davon ist heute keine Rede mehr. Das Gegenteil ist der Fall. Sie verkaufen uns die Vereinbarung mit der Atomindustrie aus dem vergangenen Jahr als Ausstieg aus der Atomenergie. Doch die Atomkraftwerke (AKW) laufen weiter und Rot-Grün ist entschlossen, die Castor-Transporte mit Polizeiknüppeln den Weg frei zu prägen.

Die Wahrheit ist: Es gibt keinen Ausstieg. Umweltminister Trittin möge ansonsten die einfache Frage beantworten: In welchem Jahr wird das erste und in welchem Jahr wird das letzte AKW in Deutschland abgeschaltet?

Es gibt keinen Ausstieg – das ist nicht die Behauptung von notorischen Atomkraftgegnern, sondern das sagt die Atomindustrie selbst. Das Deutsche Atomforum, der Lobby-Verband der Atomindustrie, teilte genau einen Tag nach Unterzeichnung des so genannten Atomkonsenses in einer Presseerklärung mit, Kernenergie sei „keine Auslaufveranstaltung“ (Deutsches Atomforum, 15.6.00).

Rot-Grün kuscht vor Atomlobby

Die Atomindustrie hat in der Vereinbarung mit der Bundesregierung über die Zukunft der Atomkraft kein einziges brauchbares Zugeständnis gemacht. Selbst das älteste, 32 Jahre alte, Werk Obrigheim bleibt auf unbestimmte Zeit in Betrieb. Umgekehrt hat die rot-grüne Regierung

zugewinkt, dass „der ungestörte Betrieb der Kernkraftwerke wie auch deren Entsorgung gewährleistet werden“. Das einzige, was Trittin erreicht hat, ist, dass er Minister bleiben kann. Dafür betätigt er sich dann als Sprachrohr der Atomindustrie. Bei den Castor-Transporten nach Gorleben gehe es um die Rücknahme von Atommüll aus Deutschland – sagt er. Was Trittin verschweigt: Mit den Castor-Transporten von La Hague nach Gorleben werden auch neue Atommüll-Transporte von Deutschland nach La Hague aufgenommen. Aus denen entstehen dann neue Brennelemente für deutsche Kernkraftwerke und neue Castor-Transporte nach Gorleben.

„Weiterbetrieb der Kernkraftwerke auf Jahre hinaus gesichert“ jubelte die Atomindustrie in ihrer Presseerklärung nach dem Atomkonsens. Und danach wird man weiter sehen, so das Kalkül der Atomindustrie. Wenn neue Kernkraftwerke Profit versprechen, dann wird der sogenannte Atomkonsens eben aufgekündigt, egal wer dann gerade die Regierung stellt. Von den grünen Umfallern droht der Atomindustrie jedenfalls keine Gefahr. Ob Testpanzer an die Türkei oder staatliche Bürgschaften für den Bau von Atomkraftwerken in China, ob Balkankrieg oder Bomben auf Bagdad – ist ein grüner Grundsatz mit der Regierungsbeteiligung unvereinbar, dann wird er einfach über Bord geworfen. Warum sollte das in Zukunft anders sein?

Blockieren

Da die Propaganda vom angeblichen Ausstieg bei den AtomkraftgegnerInnen nicht zieht, wird eine neue Taktik ausprobiert: Demonstrieren dürfe man eventuell schon, aber auf keinen Fall den Castor blockieren. Demonstrationen sind gut und wir werden bestimmt nicht erst die Grünen um Erlaubnis dazu fragen. Aber wir können uns nicht auf Demos auf Rathausplätzen beschränken. Wir



AKW-GegnerInnen fahren nicht nach Gorleben, weil wir als Schaulustige einen Castor sehen wollen, sondern weil wir Castor-Transporte und Atomkraft stoppen wollen.

Die Regierung schickt zehntausende Polizisten los, mit Gummis- und Hartholzknüppeln, mit Tränengas, Wasserwerfern und mit Räumpanzern und ruft dann heuchlerisch: „Keine Gewalt“. Das ganze Problem besteht darin, dass die Castor-Transporte von Atomindustrie und Regierung mit Gewalt durchgesetzt werden sollen. Bei den nächsten Transporten sollen DemonstrantInnen sogar in Drahtkäfige und Container gesteckt werden – dagegen müssen und dürfen wir uns wehren.

Bewegung ausweiten

Die Atomkraft bedroht uns

alle. Die Anti-AKW-Bewegung muss noch zahlreicher werden. In den Gewerkschaften muss Druck auf die Führung gemacht werden, damit die Mitglieder über die Gefahren der Atomkraft informiert und dagegen mobilisiert werden. Und wenn die Eisenbahner den Transport der Castoren bestreiken würden, dann würden die Atom-Manager ziemlich alt aussehen.

Auch die PDS wird sich daran messen lassen müssen, was sie konkret unternimmt, um möglichst viele DemonstrantInnen gegen die Castor-Transporte zu mobilisieren.

Die SAV ruft jeden und jede auf, mit nach Lüneburg und Gorleben zu kommen und sich gemeinsam mit den anderen AtomkraftgegnerInnen quer zu stellen: Castor stoppen – alle Atomkraftwerke sofort abschalten. ■

Plutonium - die tödliche Gefahr

Plutonium gilt als einer der giftigsten Stoffe überhaupt. Ein Kilo Plutonium reicht nach zurückhaltenden Schätzungen aus, um eine Million Menschen zu töten. Zusammenaddiert werden in allen Kernkraftwerken weltweit jährlich 70 Tonnen (70.000 kg) Plutonium produziert. Plutonium hat eine Halbwertszeit von genau 24.110 Jahren. Nach dieser Zeit ist aber immer noch die Hälfte des radioaktiven Plutoniums vorhanden.

Von wegen Ausstieg

Laut Vereinbarung dürfen die AKWs zusammen noch 2.623,3 Mrd. KWh Atomstrom produzieren.

Seit Beginn der kommerziellen Atomenergie-Nutzung 1968 wurden 2.831 Mrd. KWh produziert (aktuell 2001).

Die Atomindustrie darf also noch mal fast genauso viel Atomstrom (und Atommüll) produzieren wie in den vergangenen 32 Jahren.

Fahr mit zu den Protesten:

☞ 24. März: Großdemo in Lüneburg

☞ 25.-29. März: Blockade des Transports von La Hague nach Gorleben

Infos & Mitfahrgelegenheiten
unter: 030/24723802

AUTOINDUSTRIE

Massenentlassungen
und Gegenwehr

Seite 4

ATOMKRAFT

Das Anti-AKW-
Programm der SAV

Seite 5

FRAUEN

Frauenunterdrückung
im 21. Jahrhundert

Seite 6-7

ATTAC

Kritiker des
Neoliberalismus

Seite 9

Studentenjobs Abgezockt

Wenn man in Köln als Student oder Studentin kein Geld hat, dann meldet man sich morgens früh um acht bei der Studenten-Job-Vermittlung des Arbeitsamtes in der Uni. Man gibt seinen Studentenausweis ab und wartet.

Schon 10 Minuten nach acht ist der Raum voll mit Arbeitssuchenden. Auf der einen Seite sitzen lauter Männer, auf der anderen Seite die Frauen. Mehr oder weniger überraschenderweise vor allem ImmigrantInnen.

Unbestimmte Zeit später kommt dann einer der Arbeitsamtsbediensteten. Meistens hat er zwei, drei Jobs und alle reißen sich darum. Bei den Jobs handelt es sich um auf zwei bis drei Tage befristete Billigjobs: als Putzhilfe

einspringen, in einer Firma Berge von Papier kopieren, oder den ganzen Tag schwere Umzugskartons voll Aktenordern schleppen.

Natürlich gibt es nie auch nur annähernd genügend Jobs für alle. Viele ausländische StudentInnen, die über die Studenten-Job-Vermittlung Arbeit suchen, sind noch nicht lange im Lande und sprechen noch nicht so gut deutsch. Sie haben es am schwersten, eine Arbeit zu bekommen und müssen sich einige Vormittage anbieten, um überhaupt einen Job zu erhalten. Das bedeutet, dass mehrere Vormittage für das Studium wegfallen, ohne eine Mark verdient zu haben.

Die Jobs, die das Arbeitsamt vermittelt, sind ohne jede Sicher-

heit. Es kann durchaus vorkommen, dass der Arbeitgeber sich plötzlich anders entscheidet und man statt nach zwei, bereits nach einem Tag mit der Hälfte des Lohnes wieder auf der Straße steht.

Die Jobs werden außerdem offiziell mit einem Nettostundenlohn ausgeschrieben. Nicht selten kommt es dann aber vor, dass man bei Erhalt des „Nettostundenlohnes“ unterschreiben muss, dass man sich verpflichtet diesen selbst zu versteuern. Bei einer Steuerprüfung ist also der Arbeitgeber abgesichert, der Student – zum Dank für seinen außergewöhnlichen Einsatz – der Dumme.

Kati Heinz, Köln

IBM

Stress durch Zeitsouveränität

Für Kapitalisten ist die 50-Stunden-Woche kein Tabu mehr. Wie auch? Rund 37 Prozent der deutschen Beschäftigten arbeiten inzwischen auch an Samstagen, jeder Fünfte an Sonntagen. Doch selbst das unternehmernahe Institut für Wirtschaftsforschung stellte in einer Studie fest: „Die gewaltigen Veränderungen haben die Belastungen am Arbeitsplatz erhöht. Heute fühlt sich jeder Zweite praktisch immer unter starkem Termin- und Leistungsdruck.“

Der Schlüssel zum Stress heißt „Zeitsouveränität“. Beispiel IBM Informationssysteme

GmbH: Hier hat man das Konzept der „Vertrauensarbeitszeit“ eingeführt. Die Beschäftigten können kommen und gehen, wann sie wollen. Ihnen wird lediglich ein verbindlich abzuleistendes Arbeitspensum vorgeschrieben. Werden die Termine nicht eingehalten, drohen Abmahnung und Geldentzug. Die Zeitsouveränität besteht nun darin, die Arbeitszeit nach oben aufzustocken. Denn zu schaffen ist das Pensum in der Regelarbeitszeit kaum bis gar nicht. „Mich regiert die blanke Angst“ – so wie es ein Kollege auf den Punkt brachte, empfinden die meisten. Viele nehmen sich noch Arbeit mit nach Hause, nicht nur

bei IBM, nicht nur in Deutschland: Experten zufolge arbeiten in Frankreich derzeit 37 Prozent der Lohnabhängigen über sechs Stunden die Woche zu Hause am PC. Waren im Stundenlohn noch Arbeitszeit und Bezahlung aneinander gekoppelt, werden in den modernen „Vertrauens“-Arbeitsplätzen Zeit und Lohn entkoppelt – eine neue Lohnform entsteht. Bezahlt wird nicht die geleistete, sondern die vereinbarte Arbeitszeit.

Der IBM-Konzern rechnet für das Jahr 2000 mit einem Überschuss von umgerechnet rund 17 Milliarden Mark.

Holger Dröge, Berlin

Ahaus

Widerstand gegen Atompolitik

Das Münsterland ist nicht Wendland. Aber auch hier wächst der Widerstand. Nach den Castor-Transporten nach Ahaus 1998 hat sich das Aktionsbündnis Westmünsterland gegen Atomanlagen gegründet. Es umfasst mittlerweile 16 Bürgerinitiativen, die der Wille zum sofortigen Atomausstieg eint. Bei ihrer Demonstration am 18. Februar wurden sie unterstützt von mehr als 1.500 AtomkraftgegnerInnen aus ganz NRW, darunter 25 SAV-Mitgliedern aus Köln und Aachen. Eine Gruppe von SchülerInnen war per Wochenendticket aus Hannover angereist. Die französische Anti-AKW-Bewegung hatte

VertreterInnen geschickt. In vielen Häusern und Vorgärten von Ahaus wies das gelbe X die AnwohnerInnen als Atomkraftgegner aus.

In einer kämpferischen Rede brachte der Sprecher des Aktionsbündnisses Westmünsterland, Willi Hesters, den Unmut der DemoteilnehmerInnen über die rot-grüne Regierung zum Ausdruck. Er erklärte auch, dass die Grünen in der Regierung die Interessen der Atommafia besser vertreten als die CDU, weil sie versuchen, ihre Autorität dafür einzusetzen, um die Anti-AKW-Bewegung zu brechen. „Jürgen Trittin spricht heute von unserer Verantwortung für den Atom Müll aus Frankreich. Wir alle sollen jetzt Verantwort-

ung für den Müll haben, den skrupellose Betreiber von Atomkraftwerken erzeugt haben. Ich frage Sie, Herr Trittin: Gehören uns auch die Gewinne, die aus der Atomkraft erzeugt werden? Nein! Atom Müll ist nicht unser und er ist auch nicht deutsch. Atomkonzerne wie Siemens und Framatome arbeiten über nationale Grenzen hinweg zusammen. Und Radioaktivität hält sich auch nicht an nationale Grenzen.“ So Willi Hesters unter großem Beifall der DemoteilnehmerInnen. Er beendete seine Rede mit einem Aufruf, nach Gorleben zu fahren.

SAV-Mitglieder sorgten auf der Demo für einen lautstarken Block. AtomkraftgegnerInnen erkennen auch, dass das Profitssystem Ursache ist für den Bau von AKWs und viele suchen nach einer gesellschaftlichen Alternative. So konnten wir ungefähr 70 Zeitungen der VORAN und 10 Grundsatzprogramme verkaufen. Eine noch größere Zahl hatte Interesse an unserem Mobilisierungsflyerblatt für die Sozialismus-Tage in Berlin.

Ursel Beck, Köln

unser standpunkt

Frühstück bei Fischer? Nein danke!

Während die Mehrheit der Bevölkerung Fischer in der „Frühstücksfrage“ unterstützt und sich über eine Staatsanwaltschaft lustig macht, die wissen will, wer, wann mit wem vor dreißig Jahren ein Marmeladenbrot geteilt hat, will Fischer selber, lieber heute als morgen, einen Schlussstrich unter seine Vergangenheit setzen.

Nach der erneuten US-Bombardierung des Irak sagte er zum Beispiel: „Wir haben die Amerikaner nicht zu kritisieren.“ Eine interessante Aussage für einen ehemaligen Aktivist der APO-Bewegung, die (richtigerweise) eine Fundamentallopposition gegen die Weltmacht-Allüren der USA dargestellt hatte.

Es wird bei den Grünen kein nennenswerter interner Widerstand zu erwarten sein. Regierungsbeteiligung, deutscher Kriegseinsatz, Einknicken vor der Atomlobby – alles das hat die Grünenführung heil überstanden. Die Mitglieder verhalten sich wie weichgekochte Frühstückseier.

So ist die unveränderte Feindschaft mit Hassobjekt Nummer eins, der FDP, nicht verwunderlich: früher waren es die Differenzen, heute ist es die Ähnlichkeit. Kerstin Müller versucht zu überzeugen, dass die Grünen, die „wirklich“ Liberalen sind und Rezzo Schlauch hält die untertarifliche Entlohnung für angeschlagene Betriebe für eine tolle Idee. „So musste es ja kommen: von der Jugendstunde zur Realpolitik. Das ist der Weg jeder linken Bewegung, der ist vorprogrammiert,“ sagen die Neunmalklugen und Zyniker.

Dies ist eine oberflächliche Sichtweise, die davon ablenken soll, dass eine Widerstandsbewegung auch heute erfolgreich sein kann. Es gibt Gründe, warum die Grünen geworden sind, was sie wurden und der grüne Weg nicht der einzig mögliche ist.

Wie sie wurden, was sie sind

In der Partei „Die Grünen“ waren zwar viele Linke aktiv und konnten lange Zeit auch antikapitalistische Positionen Gehör finden, seit der ersten Stunde waren aber reaktionäre Tendenzen und Meinungen vertreten, die nie vollkommen verdrängt werden konnten. Niemals hat es ein einheitliches Gesamtprogramm gegeben, in der die heutigen Eigentums- und Produktionsverhältnisse insgesamt in Frage gestellt und dem eine grundlegende Alternative entgegengesetzt wurde. Die Illusion innerhalb der Marktwirtschaft ökologische Lösungen finden zu können, hat zu einem Kniefall vor sogenannten Sachzwängen geführt, der in seiner Geschwindigkeit an Bungie-Springen erinnert. Aus der Losung „Ökologie vor Ökonomie“ wurde die „Vision“ der „ökologischen Marktwirtschaft“

ein Widerspruch in sich.

VORAN legte noch vor der Gründung der Grünen den Finger auf ihr Hauptproblem: „Der berechtigten Protestbewegung der ‘Grünen’, die hauptsächlich durch Aktivisten aus den Mittelschichten und dem Kleinbürgertum getragen wird, wird es unmöglich sein, zwischen den beiden großen gesellschaftlichen Klassen zu stehen. Sie wird sich entscheiden müssen mit der Arbeiterbewegung oder mit dem Kapital“ (VORAN September 1978).

Sie hat sich entschieden – und zwar unzweideutig. Dies wird auch in Industriekreisen anerkannt und gewürdigt. 1999 bekamen die Grünen nun endlich ihre erste Spende des Großkapitals, 50.000 Mark von der Dresdner Bank (SZ, 30.1.2001).

Marsch durch die Institutionen?

Mit der Vorstellung über Bundestag und Institutionen etwas verändern zu wollen, sind schon viele baden gegangen. Die Grünen selbst haben zu ihrer APO-Zeit mehr erreicht als zu Regierungszeiten. Durch Massendemonstrationen wurden zum Beispiel 70 der 90 geplanten AKWs nie gebaut. Heute sind sie dazu verdammt, mit immer schöneren Worten, den Status Quo zu verteidigen. Da wird aus Krieg eine „friedenssichernde Maßnahme“, aus einem Abkommen mit der Atomlobby, welches diese selbst begrüßt, wird ein „Atomausstieg“ gemacht. Die Macht der schönen Worte – irgendwann glaubt man selber dran.

Das Parlament nutzen um den Widerstand auf der Straße zu organisieren, war die Devise von Karl Liebkecht, dem marxistischen Reichstagsabgeordneten vor dem ersten Weltkrieg. Die Grünen machen es genau umgekehrt. Von höchster Ebene werden die Mitglieder dazu angehalten, nicht an Anti-AKW-Demonstrationen teilzunehmen.

Der Verfall dieser Grünen zeigt die Notwendigkeit auf, eine neue politische Interessenvertretung aufzubauen. Dabei reicht nicht aus, dass diese links und radikal ist. Es ist lebensnotwendig, dass diese Partei sich mit einem klaren sozialistischen Programm, Analyse und Perspektiven auf die Arbeiterklasse stützt und eine Vorstellung von der revolutionären Umgestaltung der Gesellschaft hat. Alle VertreterInnen müssen jederzeit rechen-schaftspflichtig und abwählbar sein und dürfen nicht mehr verdienen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn. Es wird eine neue APO geben, das werden weder die Grünen noch sonst eine Regierung verhindern können. Und diese wird aus den Lebensläufen der Joschka Fischers gelernt haben und ihre Schlüsse daraus ziehen. ■



Anti-AKW-Proteste in Russland Radioaktive Strahlung kennt keine Grenzen



Radioaktivität macht nicht vor nationalen Grenzen halt. Das hat nicht zuletzt der Super-GAU im ukrainischen Atomkraftwerk Tschernobyl vor 15 Jahren unter Beweis gestellt.

Darum muss die Anti-AKW-Bewegung auch über Grenzen hinweg aufgebaut werden. Einen Tag nach der Demo in Ahaus fand in Russland ein Aktionstag gegen die Einfuhr von Atom Müll statt, an dem sich Mitglieder der SAV-Schwesterorganisation in der GUS aktiv beteiligten; im April letzten Jahres gab es bereits einen Umweltschritt (siehe Foto von einem Anti-AKW-Protest russischer SozialistInnen in Woronesch). Die Duma hatte im Dezember einem Gesetzentwurf in erster Lesung zugestimmt, der den Import von abgebrannten Brennstäben zur Wiederaufbereitung oder Endlagerung erlaubt. ■



Debatte um 68er Bewegung

Angst der Herrschenden vor neuer Jugendrevolte

Die Jugendbewegung von 1968 ist heute für manch einen ein Anlass zu einem melancholischen Rückblick: lange Haare, Schlaghosen, Ablehnung aller Autoritäten und Institutionen, atemberaubende Diskussionen in verräuchten Cafés, Straßenschlachten, Kampf um Freiheit und Demokratie. Aber aus radikalen Jugendlichen wurden etablierte Akademiker, aus Hippies wurden Yuppies, zynische Ex-Linke oder eben Leute, die heute abfällig von ihren „Jugendsünden“ sprechen. Von ihnen geht kaum noch Kritik, geschweige denn Gefahr für das kapitalistische System aus.

Von Gaëtan Kayitare, Aachen

Trotzdem erleben wir eine Kampagne der Bundestagsopposition und der Medien gegen die Vergangenheit von Außenminister Fischer und Umweltminister Trittin. Wir erleben den Versuch, die 68er Bewegung und die Proteste der 70er nachträglich zu verdammeln. Die heutige Jugend soll von einer möglichen Radikalisierung abgehalten werden. Fischer und Trittin dienen dabei als willige Kronzeugen. Die Frage ist: Warum diese Warnung an die Jugend? Es gibt doch derzeit keine breite radikale Jugendbewegung, auf den ersten Blick scheint alles ruhig zu sein. Aber was machte die Jugend eigentlich vor 1968? Gibt es heute Parallelen zu dieser Zeit? Kann es heute eine ähnliche Bewegung wie 1968 geben?

Weltweiter revolutionärer Aufbruch

Die Jugendproteste in der BRD Ende der 60er waren Teil einer weltweiten Jugendbewegung und letztendlich Teil einer ganzen Welle revolutionärer Kämpfe in der Nachkriegszeit. Auf den Zweiten Weltkrieg folgte der Unabhängigkeitskampf der kolonialen Welt. Er führte zum Sieg der Revolution und Abschaffung des Kapitalismus in China 1949, zur Niederlage Frankreichs 1954 in seinen Kolonien in Indochina (Vietnam, Kambodscha und Laos), und zur Revolution in Kuba 1959.

Anschließend inspirierten die

In Frankreich entwickelte sich aus der Revolte der Studierenden eine Revolution gegen das halb-diktatorische Regime von de Gaulle. 10 Millionen ArbeiterInnen traten in den Streik und besetzten ihre Betriebe. Die Macht lag zeitweilig auf der Straße und de Gaulle musste nach Deutschland in eine französische Garnison fliehen. In der CSSR konnte der „Prager Frühling“ – die Revolution gegen das dortige stalinistische Regime – nur durch die Panzer des Warschauer Paktes niedergeschlagen werden. In den USA waren es die Bürgerrechtsbewegungen, die Radikalisierung schwarzer Jugendlicher und die Proteste gegen den Vietnamkrieg, die das politische Leben prägten. Es gab Studentenproteste in Jugoslawien, Italien, den USA, Brasilien, im Senegal. Die Idole der Jugend waren Che Guevara und die vermeintlich kommunistischen Kämpfer, Mao und Ho.

Muff von tausend Jahren

Die massive antikapitalistische Stimmung, die unmittelbar nach dem Krieg vorherrschte, war in den 60er Jahren in der BRD längst verklungen. Alte Nazis waren wieder in Amt und Würden und viele davon auch an den Hochschulen. Professoren hatten die Stellung von Halbgöttern und liefen in altertümlichen Gewändern herum. „Unter den Talaren steckt der Muff von tausend Jahren“, schrieben die 68er auf ihre Transparente. Die KPD war 1956 verboten worden. Die SPD hatte bereits 1959 jeden Bezug zum Marxismus aus ihrem Programm getilgt und 1960 ihre Hochschulorganisation, den SDS (Sozialistischer Deutscher Studentenbund), ausgeschlossen. Im Zuge einer, nach heutigen Maßstäben eher unbedeutenden, Rezession, (die Arbeitslosenzahl stieg auf gerade mal 200.000), holte die Bourgeoisie die SPD in die Große Koalition mit der CDU/CSU. Das trug dazu bei, die Nazis bei Wahlen zu stärken. Die NPD schaffte 1967/68 den Sprung in einige Landtage. Der Jugend schnürte dieser konservative Gestank regelrecht die Luft ab. Die Debatten über die Notstandsgesetze ab 1967 und ihre Verabschiedung 1968 setzten dem noch eins drauf. Sie trugen aber gleichzeitig dazu bei, die Jugend aufzuschrecken und provo-

zierten die ersten Massenproteste. Erst die Demonstration gegen den Besuch des Schahs von Persien am 2. Juni 1967 in Berlin und die brutale Reaktion der Polizei beendete die Naivität der Studentenschaft dem Staatsapparat gegenüber.

Der Tod von Benno Ohnesorg, von der Polizei durch einen Schuss in den Hinterkopf hingegerichtet, radikalisierte die StudentInnen. Auf einer spontan einberufenen Versammlung wurde die Entnazifizierung der Polizei, der Rücktritt des regierenden Bürgermeister Albertz, das Verbot von Staatsempfängen für Diktatoren und die Enteignung des Springer-Konzerns gefordert. Protestformen („sit in“, „teach in“, oder „go in“), die zum Teil von der US-amerikanischen Jugendbewegung abgekauft waren, bestimmten von da an den Alltag der Universitäten. Die massive Hetze der Springerpresse und der etablierten Parteien polarisierte die Gesellschaft. So lautete ein Bildunterschrift in der Bild-Zeitung in Bezug auf einen prügelnden Polizisten: „Polizeihiebe auf Krawallköpfe, um den möglicherweise doch vorhandenen Grips locker zu machen?“

„Sie sollen nur kommen, dann kriegen sie eins mit den Knüppel auf den Kopf“, so reagierte ein Berliner Senatsmitglied auf eine angekündigte Demonstration.

Die eigentlichen Studentenunruhen, die das Bild der 68er geprägt haben, begannen nach dem Attentat auf Rudi Dutschke, Führer des SDS und der Studentenbewegung, am Gründonnerstag 1968. Als Reaktion wurden über die Ostertage bundesweit alle Auslieferungstore der Springer-Druckereien blockiert. 60.000 Menschen beteiligten sich an den Blockaden. Es waren nicht nur StudentInnen. Von den 847 Inhaftierten waren 286 StudentInnen, 150 ArbeiterInnen, 185 Angestellte, 92 SchülerInnen, 97 ohne Beruf.

Parallel dazu kam es auch unter Teilen der Arbeiterklasse zu größeren Unruhen. In der zweiten Hälfte der 60er Jahre demonstrierten im Ruhrgebiet mehrmals Zehntausende gegen die Zechenschließungen. 1966 konnte ein Streik im Bergbau, nachdem in der Urabstimmung 96,4 Prozent für Kampfmaßnahmen gestimmt hatten, nur in letzter Sekunde von oben abgebußt werden. 1969 entwickelten sich die inoffiziellen Septembertreiks gegen Reallohnverlust, die zu einer halben Million verlorener Arbeitstage führten.

Aufstieg und Niedergang des SDS

Der SDS hatte 1967 nicht mehr als 1.500 Mitglieder. Aber er besaß eine enorme Sprengkraft durch die sozialistischen Ideen, die er propagierte. Als die StudentInnen begannen, alles in Frage zu stellen und nach radikalen Lösungen zu suchen, war der SDS die einzige organisierte Kraft, die eine Antwort geben konnte und wurde schnell bundesweit und international zu einer Autorität. Der SDS war die unumstrittene Führung der Studentenbewegung und besaß auch eine große Ausstrahlungskraft auf junge ArbeiterInnen. Die Hauptforderungen waren:

- die Offenlegung der nationalsozialistischen Vergangenheit von Prominenten in Wirtschaft und Politik und besonders von den Professoren
 - Einführung des Marxismus an Unis als Gesellschaftstheorie
 - Anprangerung des Imperialismus sowie eine umfassende Demokratisierung der Hochschulen und umfassende Veränderung der Gesellschaft
- Die Strategie war aber etwas



Frankreich im Mai '68: ArbeiterInnen und StudentInnen gingen gemeinsam auf die Straße. Auf dem Höhepunkt der Bewegung besetzten zehn Millionen Beschäftigte die Betriebe

naiv. Man wollte eine große Bewegung aufbauen, Proteste organisieren und das System zu Reformen zwingen, notfalls durch den Marsch durch die Institutionen. Kapitalismus ist aber nicht reformierbar; er muss abgeschafft werden. Dazu ist eine starke, eine massenrevolutionäre Partei nötig. Eine Partei, deren Ziel eine sozialistische Demokratie ist und die auch dann ihre Fahne hochhält, wenn die Bewegung vorübergehend zurückgeht.

Trotz Massenprotesten wurden die Notstandsgesetze Ende Mai 1968 verabschiedet, der Vietnam-Krieg ging weiter. Die Studentenbewegung ging aus Enttäuschung zurück. Der SDS löste sich 1970 auf. Die Radikalisierung hielt aber auch in den 70er Jahren an. Die K-Gruppen, wie KPD/ML, KBW (ehemalige Partei von Gesundheitsministerin Ulla Schmidt), KB (Umweltminister Trittin), konnten zeitweise zusammen bis zu 40.000 Leute zu bundesweiten Demonstrationen mobilisieren. Die Hausbesetzerzene und „Putztruppe“, zu der auch Joschka Fischer zählte, waren die Nachläufer der 68er. Sie haben sich großenteils ähnlich wie die K-Gruppen in den Grünen aufgelöst. Ein paar AktivistInnen der 68er und einige Nachzügler gingen aus Verzweiflung in den Untergrund und gründeten die RAF.

Warum gegen Fischer und Trittin?

Fischer und Trittin gehören nicht einmal zur 68er Generation. Ihre öffentlichen Schuldgeständnisse dienen dazu, jede radikale Jugendrevolte als schlimmen Fehler hinzustellen. Die Herrschenden in diesem Lande bauen darauf, dass sie auf die Jugend noch einen gewissen mäßigen Einfluss haben. Ihnen ist klar, dass diese Rolle nicht von Angela Merkel oder Rudolf Scharping übernommen werden kann.

„Wenn Sie mich vor anderthalb Jahren gefragt hätten, ob ich mir eine aktive Beteiligung der Bundesrepublik an einem Krieg auf dem Balkan unter einer rot-grünen Regierung vorstellen könnte, dann hätte ich Sie für nicht ganz gescheit gehalten. Genauso aber kam es. Und es konnte nur von einer rot-grünen Regierung kom-

men. Sonst hätten wir in diesem Land die Revolution gehabt. Ähnliches gilt wohl auch für die Veränderung des Sozialstaates. Wahrscheinlich müssen die heiligen Kühe von denen geschlachtet werden, die an der Aufzucht am aktivsten beteiligt waren.“ So Hilmar Kopper, Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, in dem Hamburger Abendblatt vom 4. November 1999.

Für eine sozialistische Jugendrebellion

Die Warnungen vor radikalen Protesten an die heutige Jugend kommen nicht von ungefähr. Die Herrschenden sehen die Vorzeichen einer aufziehenden internationalen Jugendbewegung. Dabei gibt es gleich eine ganze Reihe von Parallelen zur Zeit vor 1968. Damals gab es die Wahlsiege der NPD, heute erleben wir, wie die Neonazis marschieren, prügeln und morden. Der Staatsapparat ist heute nicht weniger repressiv als damals: Polizeikessel, in denen AntifaschistInnen willkürlich stundenlang gefangengehalten werden, sind bei Antifa-Demos schon fast die Regel. Schikanöse Kontrollen von ImmigrantInnen sind Alltag.

Bei den Castor-Transporten werden viele Jugendliche ihre ersten Bekanntschaft mit dem Polizeiknüppel machen. Und wie die 68er schon sagten: „Der Polizeiknüppel auf den Kopf wirkt bewusstseinserschütternd“. Auf der Jugend und der Arbeiterklasse lastet heute die neoliberale Politik der letzten Jahre. Die kapitalistische Globalisierung hat zur Globalisierung der Armut und der Ausbeutung geführt. Die Proteste gegen die Institutionen des Kapitals, die in Seattle begonnen haben, sind Vorboten einer kommenden internationalen Jugendbewegung. Im Unterschied zu 1968 stehen heute in viel drängenderem Maße soziale Fragen im Vordergrund und die Bewegung wird sich schneller gegen das kapitalistische System richten. Eine heute noch kleine sozialistische Kraft wird dann die Chance haben, sich so rasant wie der SDS 1968 zu entwickeln. Es wird darum gehen, der kommenden Bewegung eine konsequent sozialistische Richtung zu geben. ■

Ihr da oben ...



38 Sekunden

Bildung ist Zukunft, Bildung ist unser wertvollstes Gut, verkünden feierlich Bildungs- und Kultusminister. Die Wirklichkeit ist nicht ganz so feierlich: Statistisch gesehen kann sich jeder Lehrer/ jede Lehrerin pro Tag einem einzelnen Schüler oder Schülerin ganze 16 Minuten widmen (Kultusministerkonferenz 1999).

StudentInnen haben im statistischen Durchschnitt täglich nur 38 Sekunden Gesprächskontakt mit einem Hochschullehrer/ einer Hochschullehrerin (Deutsches Studentenwerk 98).

„Mein e.on...“

...steht mit gut“ – meint auch Gunda Röstel. Aus aktuellem Anlass möchten wir daran erinnern, was aus der ehemaligen Bundessprecherin der Grünen geworden ist. Seit Oktober letzten Jahres ist sie Managerin der Gelsenwasser AG, eine Tochterfirma des Atomstrom-Konzerns E.ON. Originalität aus dem Handelsblatt vom 2.10.00: „Wer so lange die Grünen auf Bundesebene geführt habe, bringe auch die richtigen Fähigkeiten mit, um in dem Management der E.ON-Tochter zu arbeiten, betonte Vorstandsmitglied Hans-Peter Villis. Im Zeichen der bevorstehenden Liberalisierung des Wassermarktes soll Röstel durch ihre Kontakte mit-helfen, den gegenwärtigen Gruppenumsatz von 500 Mill. Euro innerhalb von fünf Jahren zu verdoppeln, sagte Villis.“

Erfolg

In dem so genannten Atomkonsens konnten die Grünen in den Verhandlungen mit der Atomindustrie leider kein Datum für den Ausstieg aus der Atomkraft erreichen. Nach bisher unbestätigten Berichten, haben sie jetzt aber in zähen Nachverhandlungen andere wichtige Punkte durchsetzen können:

- Auf dem Hof vom Atomkraftwerk müssen ausreichend Fahrradständer und beleuchtete Frauenparkplätze vorhanden sein
- Atommüll muss sortenrein getrennt werden und in mindestens drei verschiedenfarbigen Behältern aufgehoben werden
- Atommüll darf aber erst weggeworfen werden, wenn ganz sicher ist, dass man nicht noch irgendetwas davon brauchen kann
- Es darf nicht immer derselbe dran sein mit Atommüll runterbringen

Keine Rücknahme

REWE-Chef Hans Reischl will zu zivilem Ungehorsam aufrufen – nicht gegen Castor-Transporte, sondern gegen das geplante Pfand auf Dosen und Einwegflaschen. Auch wenn das Zwangspfand gesetzlich vorgeschrieben wird, werde der größte deutsche Lebensmittelhändler Dosen und Einwegflaschen nicht zurücknehmen. Reischl wörtlich: „Dann wollen wir sehen, was passiert. Ich habe in diesem Fall keine Bedenken zu zivilem Ungehorsam aufzurufen.“ (SZ, 17.2.01). Allerdings sind keine Pläne der Bundesregierung bekannt, dass 40.000 Polizisten gegen den REWE-Konzern aufzubieten, um die Rücknahme des REWE-Mülls durchzusetzen.



... wir hier unten



vielen Befreiungsbewegungen der 60er Jahre in der kolonialen Welt die Jugend und die Arbeiterklasse im Westen und Osten im Kampf für demokratische Rechte. Diese Jahre waren gekennzeichnet durch steigenden Lebensstandard in Ost und West, (in bescheidenem Umfang sogar in der kolonialen Welt), aber auch durch fehlende oder extrem eingeschränkte demokratische Rechte.

Weltweit gab es also Ähnlichkeiten in der politischen Lage. Das führte zu einem international gleichzeitigen Aufbruch von Protestbewegungen. Mexiko erlebte eine Studentenrevolte gegen die über 55-jährige Herrschaft der Regierungspartei PRI. 500 StudentInnen wurden damals erschossen.

zierten die ersten Massenproteste.

Radikalisierung der StudentInnen

Die Jugend von heute wird von den bürgerlichen Medien als angepasst und unpolitisch belächelt und von den inzwischen etablierten 68ern gar bemitleidet.

Aber war denn die Jugend vor 1968 anders? Eine Allensbach-Umfrage im Winter 1967/68 über die grundsätzliche Einstellung der StudentInnen ergab, dass sie „konformistisch, apolitisch, vergnügungs- und karriereorientiert“ sein. Zwei Drittel der Studierenden waren Mitglieder in den Burschenschaften!

Entlassungen und Werkschließungen Autoindustrie vor dem Crash

„Im Aktienkurs drückt sich sehr wesentlich unsere aktuelle Situation aus. Aber er spiegelt auch das Vertrauen, das Sie, die Aktionäre, langfristig in uns setzen.“ Vorstandsvorsitzender Jürgen Schrempp bei der Daimler-Hauptversammlung 1996. Inzwischen ist die Daimler-Aktie auf Talfahrt. Und das zeigt, dass die Krise der Wirtschaft nicht auf die Neuen Technologien beschränkt ist, sondern inzwischen auch das Herzstück der kapitalistischen Wirtschaft – die Autoindustrie – ergriffen hat.

Von Ursel Beck, Köln

Jürgen Schrempp ist nicht nur Chef des größten deutschen Konzerns und des weltweit drittgrößten Autobauers. Er ist der ideologische Wegbereiter des so genannten Shareholder-Value-Kapitalismus. Aber wie das Beispiel DaimlerChrysler zeigt, stößt der Kapitalismus an seine eigenen Grenzen. Die Krise des größten deutschen Konzerns ist Ausdruck der Krise des Profitsystems. Der drittgrößte Aktionär (er hat 33 Millionen DaimlerChrysler-Aktien) und Dollar-Milliardär Kirk Kerkorian hat Schrempp und zwei weitere Vorstandsmitglieder wegen des jetzigen Desasters bei Chrysler auf 20 Milliarden Mark Schadenersatz verklagt und öf-

fentlich erklärt: „Schrempp hat alle belogen.“ Doch die Verlierer sind nicht die Großaktionäre und Manager. Sie haben im Auto-Boom abgezockt wie nie zuvor.

Die Reallöhne der ArbeiterInnen dagegen sind selbst im Aufschwung gesunken. Flexibilisierung, Arbeitsverdichtung, 3-Schicht-Betrieb, Wochenendarbeit haben die Produktivität explosionsartig in die Höhe getrieben und gingen voll auf die Knochen und Nerven der Beschäftigten. Im Dezember 2000 haben die Daimler-Betriebsräte eine 20-seitige Anklageschrift beim Arbeitsgericht eingereicht. Der Vorwurf: mehr als 1,1 Millionen Überstunden hat Daimler

1999 verfallen lassen, die tägliche Höchstarbeitszeit von 10 Stunden wurde oft nicht eingehalten. Gleichzeitig wurden die Aktionäre und Manager immer reicher. DaimlerChrysler hat 1999 einen Rekordgewinn aus dem laufenden Geschäft von 21,5 Milliarden Mark erzielt. Im Jahr 2000 waren es immer noch über 10 Milliarden Gewinn. Das ist den Aktionären nicht genug. Und schon gar nicht sind sie bereit, für die Krise ihres Systems zu bezahlen.

Überkapazitäten

Auf ihrer Jagd nach Profit und wegen des Konkurrenzkampfes um immer höhere Marktanteile haben die Autokonzerne weltweit riesige Überkapazitäten aufgebaut. Bereits 1997 waren Produktionskapazitäten für 71 Millionen Autos vorhanden. 49 Millionen wurden produziert und verkauft. In diesem Jahr erreichen die Kapazitäten mit 75 Millionen einen neuen Rekord, während zum ersten mal seit Jahren die Nachfrage rückläufig ist. DaimlerChrysler will deshalb innerhalb von 3 Jahren 26.000 Arbeitsplätze abbauen. Die Werke in Lateinamerika sollen ganz geschlossen werden. General Motors/Opel (GM), der größte Autokonzern der Welt, will in Nordamerika bis zum Jahr 2004 21.000 und in Europa 5.000 Arbeitsplätze abbauen, davon in Deutschland 1.700. In Britannien will GM/Opel das Werk Luton ganz schließen. 2.000 Leute sind hier noch beschäftigt. Bis Sommer will GM 14 seiner 29 Werke in den USA sogar zeitweise schließen. Ford plant seine Autoproduktion im britischen Werk Dagenham einstellen. Auch Daewoo, der drittgrößte Autohersteller Südkoreas, hat angekündigt, mindestens 6.800 von 18.000 Stellen zu streichen.

Das ist erst die Spitze des Eisberges. „Die ungeschminkte Realität ist, dass letztendlich zehn europäische Pkw-Werke dichtmachen müssen“ (Greg Melich, Analyst der US-Investmentbank Morgan Stanley Dean Witter). Was auf uns zukommt ist ein Hauen und Stechen zwischen den weltweit noch verbliebenen 11

Auto-Multis, bis vielleicht noch 6 Konzerne am Ende übrig bleiben.

Stärke der Beschäftigten

Entsprechend der enormen Konzentration von Kapital gibt es eine enorme Konzentration von ArbeiterInnen in den Großbetrieben der Autoindustrie. GM/Opel, der größte Autokonzern, beschäftigt 600.000 Leute. Von DaimlerChrysler sind 460.000 Beschäftigte abhängig. Aus diesem Grund haben die ArbeiterInnen der Autoindustrie potenziell eine ungeheure Macht. Und seit die Autoindustrie eine der wichtigsten Industrien ist, gehören sie zu den kämpferischsten Schichten der Arbeiterklasse. Sie haben große Schlachten geschlagen und waren immer ein Eckpfeiler der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung. In den 90er Jahren wurde diese Tradition vorübergehend unterbrochen. Aber auch hier gab es einige vereinzelte beachtenswerte Kämpfe, wie den Kampf der koreanischen Automobilarbeiter 1998, oder den Kampf der Renault-ArbeiterInnen in Vilvoorde 1997. In Deutschland bekamen die Herren in den Chefetagen der Autokonzerne die Macht der ArbeiterInnen zu spüren, als im Oktober 1996 100.000 AutomobilarbeiterInnen teils spontan die Arbeit niederlegten, um die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall zu verteidigen. Als von Oktober bis Dezember mehr als 200.000 MetallarbeiterInnen gegen Riesters Rentenpläne protestierten, waren es die Autobauer, die an vorderster Front standen.

Globale Gegenwehr

Die Globalisierung der Autoin-

dustrie wird auch zur Globalisierung des Kampfes führen. Bereits in den letzten Jahren haben die Proteste einen internationalen Charakter angenommen. So legten aus Solidarität mit den 3.100 von Werkschließung bedrohten Renault-ArbeiterInnen im belgischen Vilvoorde, die Beschäftigten der Renault-Werke in Frankreich, Spanien, Portugal und Slowenien im März 1997 ebenfalls die Arbeit nieder. Am 25.1. streikten 40.000 Opelner europaweit gegen den Abbau von 6.000 Arbeitsplätzen in Europa und die Schließung des Werkes in Britannien. In Südkorea kam es in den letzten Wochen zu Besetzungsaktionen bei Daewoo.

Die jetzt bevorstehende Rezession in der Autoindustrie wird die Autobranche zu einem der größten Schauplätze der Klassenausinandersetzungen machen. Die jüngsten Kämpfe bei Daewoo und GM markieren den Beginn davon. Es wird sich eine neue Schicht von AktivistInnen herausbilden, die den Kampf aufnimmt gegen die Bosse; AktivistInnen, die auch denjenigen unter den Betriebsräten und Gewerkschaftsfunktionären Paroli bieten, die mit ihrer Standortpolitik und Co-Management in den letzten Jahren Ausverkauf an Arbeiterinteressen betrieben haben. Die Erfahrungen dieser Auseinandersetzungen werden nicht nur das Klassenbewusstsein schärfen, sondern auch antikapitalistisches und in steigendem Maße auch prosozialistisches Bewusstsein bei den Massen verankern und eine entscheidende Basis legen für den Neuaufbau der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung. ■

Streik bei General Motors/Opel in Luton (Britannien)

Die Mitglieder der Gewerkschaft Transport and General Workers Union (TGWU) in den britischen Standorten von GM/Opel in Luton und Ellesmere Port traten am 22.2.01 in einen unbefristeten Streik gegen die Schließung des Werkes in Luton und die Reduzierung der Produktion in Ellesmere Port auf die Motorenfertigung.

Seit die Pläne über die Arbeitsplatzvernichtung bekannt sind, gibt es keine Ruhe mehr bei GM/Opel. Am 20.1. gab es in Britannien eine Demonstration, an der sich 20.000 Kolleginnen und Kollegen, darunter auch 14 Arbeiter von Opel-Bochum, beteiligten. Am 25.1. gab es den ersten europaweiten Proteststreik bei GM. Mehrmals wurden in den britischen Werken von den ArbeiterInnen Büros der Geschäftsleitung besetzt. Der Streik in Luton und Ellesmere Port ist die konsequente Fortsetzung des Kampfes.

Die Schwesterpartei der SAV, die Socialist Party in England und Wales, tritt im Arbeitskampf für folgende Forderungen ein:

- Für einen europaweiten Streik aller GM-Werke
- Keine Arbeitsverlagerung zwischen den Werken ohne Zustimmung der Gewerkschaften
- Für eine europaweite Konferenz aller GM-Vertrauensleute, um die Gegenwehr zu organisieren
- Öffnung der Geschäftsbücher, was ist aus den Profiten und Subventionen geworden?
- Für die entschädigungslose Verstaatlichung aller GM-Werke, die von Schließung bedroht sind
- Für die Verstaatlichung der ganzen Autoindustrie, unter demokratischer Kontrolle der ArbeiterInnen

Wir fordern alle LeserInnen auf, unterstützt den Streik bei General Motors

Schickt Soliadressen an: TGWU Shop Stewards Committee, c/o John Jack (Convenor), Vauxhall Motors, Kingsland Rd, Luton, Beds, Fax: 00441582-426873, email: johnjack@vauxhall.co.uk. Aktuelle Infos unter: www.labour.net oder www.savevauxhalljobs.org.uk



Für die Bosse gehts um Profit – für die ArbeiterInnen um den Lebensunterhalt. Luton 20. 1.: 20.000 GM/Opel-Beschäftigte marschierten

Betriebsbesetzung bei Daewoo (Südkorea)



Im Dezember kündigte das Daewoo-Management an, mehr als 6.800 der 18.000 Stellen zu streichen. Als Antwort auf das Kündigungsschreiben gegen 1.700 Beschäftigte besetzten ArbeiterInnen und ihre Familien in Bupyeong über vier Tage hinweg einen Teil der Produktionsanlagen. Am Montag, dem 19.2., stürmten 4.000 Polizisten mit Hubschraubern und Wasserwerfern das Werk um die Verfügungsgewalt der Kapitalisten über die Fabrik zu sichern. Dabei ist Konzerngründer Kim Woo inzwischen im Ausland untergetaucht. Über 30 Manager waren daran beteiligt, Gelder auf Geheimkonten ins Ausland zu verschieben. Die Beschäftigten verteidigten sich mit Barrikaden gegen die anstürmende Polizei. Hunderte von Daewoo-ArbeiterInnen versuchten Polizeiketten vor dem Tor zu durchbrechen, um ihre KollegInnen auf dem Gelände zu unterstützen

Betriebsratswahl bei der RGE Servicegesellschaft mbH in Essen Erfolg für Liste kämpferischer KollegInnen

Im Rahmen der Privatisierungswelle wurde vor zwei Jahren die Reinigungsgesellschaft Essen (RGE) GmbH gegründet, in der aus städtischen Unternehmen ausgegründete Betriebsteile aufgefangen werden sollten. Ziel dieser Unternehmung sollte sein, für neu einzustellende KollegInnen eine niedrigere Entlohnung und schlechtere Arbeitsbedingungen zu ermöglichen. Die ÖTV hat hier im Rahmen des sogenannten „Bündnisses für Arbeit“ ordentlich mitgeholfen.

Von Alois Skrbina

Als erstes wurden die städtischen Reinigungskräfte ausgegründet. Danach hat man die bei der Essener Verkehrs AG beschäftigten Ticketprüfer und Pförtner zur RGE übergeleitet. Im Oktober letzten Jahres wurde auch meine Abteilung, das Serviceteam, zur RGE übergeleitet. Uns Altbeschäftigten wurde durch einen großzügigen Überleitungsvertrag eine Sicherung unseres bisherigen Besitzstandes zugesichert.

Für die Neueinstellenden gilt allerdings nicht mehr der öffentliche Tarifvertrag, sondern der hauseigene Tarifvertrag, der zwischen RGE und ÖTV abgeschlossen wurde. Hiernach haben

die KollegInnen einen Stundenlohn zwischen 12,25 und 17,25 Mark. Eine Beteiligung an der Pensionskasse ist für diese KollegInnen auch nicht mehr vorgesehen. Und dies alles ist möglich in einem Unternehmen, das zu 51 Prozent der Stadt Essen, zu 24,5 Prozent der Essener Verkehrs AG und zu 24,5 Prozent der Stadtwerke Essen gehört. Die ÖTV ist auch noch stolz auf den Abschluss dieses Tarifvertrages.

Aus diesem Grunde hatten wir uns dazu entschieden, bei der jetzigen Betriebsratswahl nicht auf der ÖTV-Liste zu kandidieren, sondern eine eigene freie Liste einzubringen. Bei der Stimmentzählung am 9. Februar hat sich dies bezahlt gemacht, denn unsere Liste erhielt mit 56 Stimmen nur eine Stimme weniger als die Liste der ÖTV. Demnach ziehen von jeder Liste vier Bewerber in den Betriebsrat ein.

Alle Beobachter bewerteten dies als eine schwere Niederlage für die ÖTV. Hier bleibt noch anzumerken, dass die Bewerber der ÖTV-Liste während des gesamten Wahlkampfes keinerlei Unterstützung der ÖTV erfuhren und selbst am Tag der Stimmentzählung hielt es der ÖTV-Sekretär nicht für notwendig, sich einmal blicken zu lassen. Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich darauf hinweisen, dass die

Kandidaten der freien Liste selbst Mitglieder der ÖTV sind und für eine starke Gewerkschaft eintreten.

Diese selbstzerstörerische Politik der ÖTV hat es uns aber unmöglich gemacht, mit dem Namen ÖTV noch KollegInnen anzusprechen. Unsere KollegInnen haben uns vor Erstellung der Liste sogar ausdrücklich davor gewarnt auf der ÖTV-Liste zu kandidieren, da sie uns sonst ihre Stimme verweigert hätten. Die hauptamtlichen Funktionäre haben den Namen ÖTV durch ihre arbeitgeberfreundliche Politik soweit in den Dreck gezogen, dass es für uns fast unmöglich ist, im Betrieb noch in irgendeiner Form Gewerkschaftsarbeit zu leisten.

Trotz all dieser Schwierigkeiten sind wir bestrebt in unserem Betrieb einen ÖTV-Vertrauensleutkörper aufzubauen. Denn durch meine langjährige aktive Arbeit im „Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ÖTV“ weiß ich, dass man in einer Gewerkschaft nur von innen etwas bewegen kann und es keine Alternative zur ÖTV gibt. Auch wenn es uns die hauptamtlichen noch so schwer machen, dürfen wir an der Basis nicht den Mut verlieren und den Kampf gegen die Ungerechtigkeit in den Betrieben weiterführen. ■

Unser Anti-AKW-Programm Atomkonzerne enteignen!

Die Frage, ob aus der Atomenergie ausgestiegen werden soll oder nicht, ist keine Frage der politischen Vernunft. Es stecken handfeste materielle Interessen hinter dem Verhalten der Regierung.

Von Christoph, Trier

Für die Konzerne ist die Atomkraft ein gutes Geschäft. 70 Milliarden Mark konnten sie schon an steuerfreien Rücklagen anhäufen. Verständlich, dass ein sofortiger Atomausstieg ihnen nicht passt.

Die Regierung kam ihnen weit entgegen, weil sie nicht bereit ist, sich mit den Konzernen ernsthaft anzulegen. Schließlich sollen sich Unternehmer im „Standort

Deutschland“ wohlfühlen. Das tun sie auch. Otto Majewski, Vorstandsmitglied des E.ON-Konzerns, freute sich über den „Atomkonsens“: „Unser erklärtes Ziel, die deutschen Kernkraftwerke zu wirtschaftlich akzeptablen Bedingungen weiterhin nutzen zu können, haben wir erreicht. Die rot-grüne Bundesregierung wäre durchaus in der Lage gewesen, den Bestand und den Betrieb der deutschen Kernkraftwerke nachhaltig zu beeinträchtigen.“

Sofortausstieg ist möglich und nötig

Der sofortige Atomausstieg ist wegen der enormen Überkapazitäten im Energiesektor möglich. Im Kapitalismus wird aber nicht

rational entschieden, welche Energieform genutzt werden sollte. Stattdessen werden uns Kernkraftwerke zugemutet, weil sie den Konzernen Profit bringen. Alternative, dezentral genutzte Energien werden kaum eingesetzt, weil sie weniger Profit bringen.

Hinzu kommt, dass die Atomkraft auch militärisch genutzt werden kann. Diese Möglichkeit ist brisant, weil die Bundeswehr für internationale Einsätze fit gemacht werden soll (siehe VORAN Nr. 221).

Nötig sind Energiesparen und der Einsatz erneuerbarer Energien, um auch die klimaschädlichen Kohlendioxid-Emissionen drastisch zu senken. Wenn es den Grünen damit ernst wäre, dann müssten sie zum Beispiel die Privatisierung der Bahn und die damit verbundenen Streckenstilllegungen stoppen.

Auf Regierungen und Konzerne können wir uns nicht verlassen. Stattdessen brauchen wir einen gemeinsamen Kampf von AtomkraftgegnerInnen, Gewerkschaften und den Beschäftigten im Energiebereich für den Atomausstieg und gegen die weitere Liberalisierung der Stromwirtschaft. Die Verbindung dieser Kämpfe ist wichtig, weil hier an verschiedenen Fronten gegen den gleichen Feind gekämpft wird: gegen die Atomkonzerne. Um auch die AKW-Beschäftigten für sich zu gewinnen, sollte die Anti-Atom-Bewegung gleichwertige Ersatzarbeitsplätze fordern.

Vergesellschaftung der Energiewirtschaft

Wenn die Interessen der breiten Masse gegen die Interessen der mächtigen Atomkonzerne durchgesetzt werden sollen, dann muss das Profitstreben verhindert werden. Die Konzerne müssen entschädigungslos enteignet werden. Wenn alle AKWs abgeschaltet sind, dann steht eine breite gesellschaftliche Diskussion über den sichersten Weg der Endlagerung des Atommülls an. Die Energiewirtschaft muss in öffentliches Eigentum überführt werden. Die Verwaltung muss in die Hände von demokratisch gewählten VertreterInnen der Beschäftigten, der Gewerkschaften und der VerbraucherInnen übergehen. Diese VertreterInnen müssen jederzeit wähl- und abwählbar sein und dürfen nicht mehr verdienen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn.

Die ungeplante Konkurrenz zwischen den Unternehmen hat zu einer gigantischen Verschwendung von Ressourcen geführt. Stattdessen sollten die Betriebe die Stromversorgung zwar dezentral organisieren, ihre Arbeit aber durch einen überregionalen, demokratisch beschlossenen Energieplan koordinieren.

So würde sichergestellt, dass die Energieversorgung an den Bedürfnissen von Mensch und Umwelt ausgerichtet wird, und nicht an den Profitinteressen privater Konzerne.



Wir fordern:

- Sofortige Stilllegung aller AKWs. Gleichwertige Ersatzarbeitsplätze für alle Beschäftigten
- Die hohen Rücklagen der Atomindustrie müssen zur Finanzierung vom Abriss der AKWs und dann für die Endlagerung eingesetzt werden
- Gemeinsamer Kampf von AtomkraftgegnerInnen, Gewerkschaften und den Beschäftigten im Energiebereich gegen Liberalisierung der Stromwirtschaft und für Atomausstieg
- Alle Energiekonzerne sind zu enteignen und unter demokratische Kontrolle zu nehmen
- Für ein öffentliches Investitionsprogramm zur Einsparung von Energie und für die Erforschung und den Einsatz regenerativer Energien



Knüppel aus dem Sack – Innenminister Schily will zehntausende Polizisten einsetzen, um die Castor-Transporte durchzuprügeln

„Akzeptierende Jugendarbeit“ Glatzenpflege auf Staatskosten?

Als 1992/ 1993 die faschistischen Gewalttaten mit den Brandanschlägen und Morden von Rostock, Mölln und Solingen eine neue Qualität erreicht hatten und sich als Gegenreaktion darauf eine breite antifaschistische Bewegung entwickelte, sahen sich auch damals die etablierten Parteien gezwungen, – neben den Verboten einiger faschistischer Organisationen und Parteien, wie der FAP – „Maßnahmen“ zu ergreifen, um dem weiteren Anwachsen des Faschismus entgegenzuwirken.

Von Tanja, Studentin der Sozialpädagogik, Aachen

Das Bundesjugendministerium gab in der Amtszeit der damaligen Ministerin Merkel in einem besonderen Programm neunzig Millionen Mark aus, um in den ostdeutschen Ländern mehr als hundert Vorhaben zu finanzieren und zu unterstützen, die sich der Betreuung der rechten Jugendszene widmeten (insgesamt liegt der Jahresetat, den das Bundesministerium für den Kinder- und Jugendhilfeplan zur Verfügung hat, bei 200 Millionen Mark; alle Angaben FAZ vom 16.8.00).

Das Konzept der „akzeptierenden“ Jugendarbeit

Das Konzept der „akzeptierenden“ Jugendarbeit wurde ursprünglich aus der Arbeit mit Drogenabhängigen entwickelt. Der Ansatz liegt darin, zu akzeptieren, dass es Drogenabhängige in dieser Gesellschaft gibt und Konzepte zu entwickeln, diesen Menschen Unterstützung zu geben. Abgesehen davon, dass damit die Ursachen der Drogensucht nicht beseitigt werden, ist es dennoch äußerst fragwürdig, ob sich dieses Konzept auf die Arbeit mit rechten/faschistischen Jugendlichen übertragen lässt. Bei Drogensüchtigen handelt es sich in erster Linie um Opfer dieser Gesellschaft,

die auf Hilfe angewiesen sind, während faschistische/rechte Jugendliche nicht so einfach als arme Opfer der Gesellschaft angesehen werden können. Mit Sicherheit gibt es einen Teil von Jugendlichen, die aus Perspektivlosigkeit und Frustration in die Falle der Faschisten tappen und auf ihre Scheinlösungen hereinfallen, weil sie angekotzt sind von der Heuchelei der etablierten Politiker und Parteien.

Aber abgesehen davon, dass das Konzept auch bei ihnen der falsche Ansatz ist, sind nicht alle rechten Jugendlichen so genannte ver(w)irrte Jugendliche, die nicht wissen, was sie tun. Hinter den Übergriffen und Morden auf linke Jugendliche und ImmigrantInnen stehen faschistische Strukturen und faschistische Parteien, allen voran die NPD und die freien Kameradschaften. Sie haben ein klares Programm und eine eindeutige Ideologie. Ihr Ziel ist der Aufbau einer Bewegung zur Errichtung einer faschistischen Diktatur, sowie die physische Vernichtung von Linken und ImmigrantInnen. Dass sie dieses Ziel mit aller Entschlossenheit verfolgen wird deutlich an den allein im letzten Sommer begangenen acht Morden an Linken und ImmigrantInnen. Ein an der Hetzjagd mit Todesfolge beteiligter Jugendliche gegen einen afrikanischen Asylbewerber hat „trotz“ Verurteilung zu 200 Sozialstunden nicht davor zurückgeschreckt, sich an weiteren Übergriffen zu beteiligen. Diese Aktivitäten werden unterstützt – ob gewollt oder nicht –, indem man diesen Jugendlichen und faschistischen Kadern Räumlichkeiten zur Verfügung stellt, in denen sie sich treffen können, ihr Programm verbreiten können und die Möglichkeit haben, weitere Aktivitäten zu planen. In einem ZDF-Spezial vor einigen Wochen konnte man hören, wie sich Stefan Hupka, ein führendes NPD-Mitglied, damit brüstete, dass sich ein Großteil der Jugendclubs unter Kontrolle der NPD befänden.



Mit Staatsknete wurde in den letzten Jahren die Betreuung rechter Jugendlicher finanziert. Die NPD konnte aus diesen Reihen neue Anhänger rekrutieren

Weiter wurde berichtet, dass teilweise Busse zu faschistischen Demonstrationen vor den Jugendclubs abfahren und in einigen Fällen die SozialarbeiterInnen als Begleitung mitfahren.

Nazi-Gefahr geblieben

Das Konzept der „akzeptierenden Jugendarbeit“ verharmlost die Gefahr des Faschismus und die Zielsetzungen faschistischer Organisationen. Zieht man nach 10 Jahren die Bilanz dieser Projekte, so stellt man fest, dass die faschistischen Aktivitäten eine neue Qualität erreicht haben. Die Nazis sind nicht weniger, sondern mehr geworden. Woran liegt das?

Wenn man bedenkt, dass die Projekte der „akzeptierenden Jugendarbeit“ unter Angela Merkel finanziert wurden, so wirft das die Frage auf, inwieweit überhaupt beabsichtigt wurde, rassistische Ideen zu bekämpfen. Die gleiche Angela Merkel ist Mitglied der CDU, die Anfang der 90er Jahre die Hetze gegen AsylbewerberInnen mit der „Das Boot ist voll“-Kampagne angeführt ha-

ben. Diese Kampagne hat die Abschaffung des Asylrechts herbeigeführt und den Nährboden für faschistische Übergriffe bereitet. Zur gleichen Zeit wurden in Ostdeutschland hunderttausende Arbeitsplätze (und Ausbildungsplätze) vernichtet, Sozialkürzungen betrieben, denen unter anderem auch zahlreiche Jugendclubs zum Opfer gefallen sind. Da die Führung von PDS und Gewerkschaften in Ostdeutschland versagte, Jugendliche gegen Nazi-Bedrohung und sozialen Kahlschlag zu mobilisieren, führte diese Entwicklung zum Anwachsen der faschistischen Kräfte.

An diesen Beispielen wird deutlich, dass wir uns im Kampf gegen Faschismus nicht auf die etablierten Parteien (und den Staat) verlassen können.

Der beste Kampf gegen Faschismus liegt in der „Nicht-Akzeptanz“ von Sozialabbau und Arbeitslosigkeit, dem Kampf gegen den Aufbau faschistischer Organisationen und für die Schaffung von flächendeckenden, selbstverwalteten Jugendzentren.

Demonstration am 16.6.

Auf nach Göteborg – gegen den EU-Gipfel

Wenn Mitte Juni im schwedischen Göteborg Dutzende von Regierungsvertretern aus allen Ländern der Europäischen Union zusammenkommen, werden auch Tausende von DemonstrantInnen aus ganz Europa vor Ort sein, um gegen dieses EU-Gipfeltreffen zu protestieren. Wenn du auch für ein Europa bist, in dem nicht länger die Macht der Banken und Konzerne vorherrscht, sondern endlich die Interessen von Mensch und Umwelt zählen, dann stell' sicher, dass du am 16.6. auf der Demo mit dabei bist!

Die Europäische Union steht für die Verschärfung der Regelungen gegen Flüchtlinge, für eine weitere Aufrüstung durch die Schaffung der 60.000 Mann starken Krisenreaktionskräfte und für weiteren Sozialabbau und Privatisierungsmaßnahmen. Bei dem EU-Treffen in Stockholm am 23. März will die rot-grüne Bundesregierung zum Beispiel die vollständige Öffnung des Telekommunikationsmarktes bis 2001, des Postmarktes bis 2003 und des Energiemarktes bis 2004 für den Wettbewerb fordern. Wohin die Privatisierung des Stromsektors führen kann, hat in den letzten Wochen der „Blackout“ in Kalifornien vor Augen geführt. Selbst mit dem Trinkwasser soll in der EU schnelles Geld gemacht werden können, wenn es nach den Kapitalisten und ihren Politikern geht.

Höchste Zeit also, gegen dieses Europa der Reichen und Superreichen aktiv zu werden.

Höchste Zeit, Wut in Widerstand zu verwandeln.

Höchste Zeit, den Protest - nach Seattle, Prag und Nizza - jetzt nach Göteborg zu tragen.

Infos über Aktionen und die Demo in der SAV-Bundeszentrale: 030/ 24723802

Frauen im 21. Jahrhundert

Gleichberechtigung



Frauen haben im vergangenen Jahrhundert zahlreiche Fortschritte im Kampf für gleiche Rechte erzielen können. Sie schafften sich innerhalb und in gemeinsamen Kämpfen mit der Arbeiterbewegung Gehör und erzeugten durch organisierte Proteste Druck auf die Herrschenden und erhielten so im Laufe der Zeit mehr Rechte. Vor allem in den Industrienationen führte dieser Kampf zu Erfolgen. Insbesondere in der Zeit des Nachkriegsaufschwungs machten Unternehmer und Regierungen – unter Druck – den Frauen Zugeständnisse beim Zugang zu Bildung, Erwerbsarbeit und politischer Teilhabe. Doch inzwischen geht die Entwicklung weltweit wieder in eine andere Richtung. Die wirtschaftlichen Aussichten sind düster und das bekommen gerade Frauen auf vielfältige Weise zu spüren.

Von Juliane Jung, Siegen

Rund um den Globus werden sie nach wie vor aufgrund ihres Geschlechts Opfer von Gewalt, sind am stärksten von der weltweit steigenden Armut betroffen, haben einen geringeren Zugang zur Bildung und Gesundheitsversorgung oder werden von Geburt an ihrer (sexuellen) Selbstbestimmung beraubt. Auch völkerrechtlich sind Frauen nicht geschützt. So wird die Flucht von Frauen vor Genitalverstümmelung nicht als ein Asylgrund anerkannt.

Die Realität lässt also wenig von der tatsächlichen Umsetzung der Gleichheitsparagrafen erkennen. Denn während formal-rechtliche Beschränkungen für Frauen abgebaut werden, führen Wirtschaftskrisen und Neoliberalismus zu neuen Ausgrenzungen und zu Unterdrückung von Frauen – weltweit.

Frauen und Erwerbsarbeit

In den letzten Jahren sind in den exkolonialen Ländern sogenannte Freihandelszonen entstanden, die durch ungesi-

cherte und miserable Arbeitsbedingungen geprägt sind. 85-90 Prozent dieser ArbeiterInnen sind Frauen. Sie schuften dort sechs bis sieben Tage in der Woche bis zu 16 Stunden am Tag für einen Hungerlohn. Diese ArbeiterInnen haben keinerlei Arbeitsrechte und Gewerkschaften sind verboten. Dabei gehören die Unternehmen, die diese brutalen Arbeitsbedingungen geschaffen haben, zu den größten dieser Welt. Um kostengünstig und profitbringend zu produzieren, haben sich aber noch weitere Formen der Diskriminierung herausentwickelt: So werden Frauen zum Beispiel in den „sweatshops“ von Walmart, The Gap, Disney oder Nike, die Exportartikel für die USA zu einem Stundenlohn von 35 Cent produzieren, dazu gezwungen, unter den Augen von Aufsehern Empfängnisverhütungsspielen zu schlucken. Bei Adidas in Indonesien werden die Arbeiterinnen während der Arbeitszeit eingeschlossen.

Weltweit sind überwiegend Frauen in ungesicherten Arbeitsverhältnissen und

im Niedriglohnbereich beschäftigt. Auch in Deutschland. Vielfach finden sich Frauen hierzulande gerade in Kleinbetrieben oder in Niedriglohnbereichen, wo keine betriebliche Interessenvertretung (Betriebsrat) vorgesehen oder eingerichtet ist. Diese Frauen können ihre Belange besonders schlecht durchsetzen. Trotz vorhandener Gesetze, die gleichen Lohn für gleiche Arbeit vorschreiben, bekommen Frauen im Durchschnitt in Deutschland ungefähr 30 Prozent weniger Lohn als Männer, die Bezahlung in typischen Frauenberufen ist eben schlechter. Zusätzlich werden die Einkommen im Vergleich zu den Männerlöhnen geschmälert, da Frauen durch die Doppelbelastung von Arbeit und Kindererziehung, oder weil sie keinen anderen Arbeitsplatz finden können, oft nur Teilzeit arbeiten. Knapp 90 Prozent aller Teilzeitarbeitsplätze in der BRD waren Mitte der 90er Jahre durch Frauen besetzt.

Altersarmut

Die Benachteiligung von Frauen im Arbeitsleben setzt sich auch im Alter fort. In der BRD liegt die Gesamtversorgung von Frauen im Rentenalter erheblich unter der von Männern. Ungefähr 70 Prozent aller Rentnerinnen erhalten eine Rente von unter 1.000 Mark. Der Rentenunterschied hängt einmal mit den niedrigen Löhnen zusammen. Außerdem bezahlen Frauen dafür, dass sie Kinder aufgezogen und ihre Familie versorgt haben, statt (durchgängig) zu arbeiten, oft mit Armut im Alter, weil sie in dieser Zeit keine gleichwertigen Rentensprüche erwerben konnten. Auch die Rentenreform trifft Frauen besonders hart.

Weltweit sieht die Situation noch schlechter aus. In den Entwicklungsländern sind nur ungefähr 10 Prozent der Menschen sozialversichert. In den USA lebten Mitte der 90er Jahre fast 25 Prozent aller Frauen gegenüber 9 Prozent der Männer über 65 Jahre in Armut.

Frauen in (Aus)Bildung

In den vergangenen Jahrzehnten konnten Frauen im Bildungsbereich viele Fortschritte erzielen. Heute machen mehr Frauen als Männer Abitur. Das hat aber nicht dazu geführt, dass Rollenklischees und Machtstrukturen aufgehoben worden sind. Ungefähr 70 Prozent der jungen Frauen macht noch immer eine Ausbildung in den klassischen Frauenberufen, zum Beispiel im Groß- und Einzelhandel, Hotel- und Gaststättenberufen. Bei diesen Berufen handelt es sich um vergleichsweise schlecht bezahlte Berufe. Bei der Übernahme stehen Frauen nicht besser da – vor allem in Ost-



Vor drei Jahren streikten in Frankreich zehntausende SchülerInnen gegen Bildungsabbau. Junge Frauen immer häufiger in den ersten Reihen zu finden

deutschland. 1999 bekamen in den neuen Bundesländern 60 Prozent der männlichen Azubis ein Übernahmeangebot, aber weniger als 50 Prozent der weiblichen.

Diskriminierung am Arbeitsplatz

Diese Erfahrung müssen viele Frauen beim Berufsstart und auch im Berufsleben machen: Denn der Zugang zur Arbeit und auch das Arbeitsleben ist oftmals von sexistischen Diskriminierungen durch die Unternehmen, Vorgesetzten und Kollegen begleitet. Beim Einstellungsgespräch werden Frauen über ihre Familienplanung ausgefragt. Das geht manchmal so weit, dass Frauen unter Druck gesetzt werden nachzuweisen, dass sie nicht schwanger oder gar dass sie sterilisiert sind. Viele Frauen werden mit sexistischen Sprüchen, Blicken, Grapschereien bis hin zu Vergewaltigungen konfrontiert und eingeschüchert.

Frauen und Familie

Nach der Arbeit ist für die meisten nicht Feierabend. Es geht weiter mit der Familienarbeit. Essen kochen, Wäsche waschen, Kindererziehung, Pflege von Alten und Kranken, all diese gesellschaftlich notwendigen Aufgaben werden innerhalb der Familie unentgeltlich geleistet – zum ganz überwiegenden Teil von Frauen. So leistet eine Frau in der BRD durchschnittlich doppelt so viel unbezahlte Arbeit wie ihr Mann.

In der Öffentlichkeit wird Familie meistens mit Geborgenheit, Liebe und Ruhe gleichgesetzt. Viele von uns wissen aus eigener Erfahrung, dass die Familie oft der Ort von Gewalt, Misshandlung und Missbrauch ist.

Pornografie

Der Jahresumsatz der Pornoindustrie allein im Internet wird auf 1,5 Milliarden Mark geschätzt. In Dänemark rangiert Pornografie als nationaler Wirtschaftsfaktor an dritter Stelle, in den

USA ist die Pornoindustrie größer als die Schallplatten- und Filmindustrie. Pornografie hat dabei wenig mit der reinen Darstellung von Sexualität oder Nacktheit zu tun. Denn Pornografie stellt Frauen als frei verfügbares Objekt dar und vermittelt, Frauen würden Erniedrigung genießen. Frauen werden als benutzbare und minderwertige Menschen dargestellt, die scheinbar nur der Lustbefriedigung des Mannes dienen. Millionen von Jungen und Männern konsumieren regelmäßig Pornos und bekommen dieses abwertende Bild der Frau präsentiert. Dabei wurde die Pornografie in den letzten Jahren immer mehr mit körperlicher Gewalt verbunden, was nicht spurlos an den Konsumenten vorübergeht. So weisen unterschiedliche Studien darauf hin, dass das regelmäßige Betrachten von solchem pornografischen Material zu einer erhöhten Akzeptanz von sexueller Gewalt gegenüber Frauen führt und auch bei ausgeübten Gewalttaten gegen Frauen eine Rolle spielen kann.

Prostitution

Aber nicht nur die Pornoindustrie macht ihr Geschäft mit der „Ware Frau“, wie die Umsätze der Frauenhändler zeigen. Die UNO schätzte deren Profite im Jahr 2000 auf sieben Billionen Dollar. Prostitution wurde damit zum weltweit besten Geschäft. Dabei ist das Prostitutionsgeschäft nicht neu und existiert genauso wenig „zufällig“ wie jede andere Form der Diskriminierung von Frauen. Zeitgleich mit der Entstehung der Klas-



Klinikpersonal beim Protest gegen Arbeitszeitverlängerung, Ruhezeitverkürzung und Streichung der Zulagen. Weitere drohende Privatisierungen und Flexibilisierungsschritte im Gesundheitswesen treffen in besonderem Maße Frauen

Frauen in Osteuropa: Ware auf dem Marktplatz der Marktwirtschaft

Seit gut 10 Jahren regiert in Osteuropa wieder die Marktwirtschaft. Was hat sie den Frauen in diesen Ländern gebracht?

Von Alexandra Geisler, Socialistická Alternativa – Budoucnost, Prag

In den Ostblockstaaten hatten Frauen eine relativ starke Stellung in der Gesellschaft. Berufstätigkeit von Frauen war die Regel, das eigene Einkommen gab eine gewisse Unabhängigkeit, ganztägige Kinderbetreuung war für Kinder ab dem Krabbelalter garantiert. Dennoch war die Frauenfrage in der ehemaligen Sowjetunion und in den osteuropäischen Ländern keinesfalls gelöst. Wie der Kapitalismus so setzte auch der Stalinismus auf die traditionelle Rolle der Frau in der Familie. Von der Befreiung der Frau im sozialistischen Sinne konnte keine Rede sein.

Das Leben für Frauen war bereits hart im Stalinismus, doch die Situation hat sich seit der Wiedereinführung des Kapi-

talismus in den Ländern Osteuropas und der früheren Sowjetunion dramatisch verschlechtert. Frauen waren die ersten Opfer bei der rasanten Vernichtung von Arbeitsplätzen. Der größte Teil der neu entstandenen Arbeitsplätze für Frauen sind lediglich Teilzeitsjobs, Gelegenheitsarbeiten und befristet.

Der Internationale Bund Freier Gewerkschaften berichtete, dass einige ausländische Firmen von Frauen vor der Einstellung verlangen, sich einer gynäkologischen Untersuchung zu unterziehen, um sicherzustellen, dass sie zum Zeitpunkt der Anstellung nicht schwanger sind. In der ehemaligen Sowjetunion wurden 1997 eine Reihe von Fällen bekannt, in denen Frauen gezwungen wurden, Erklärungen zu unterzeichnen, in denen sie versprachen, während der Laufzeit des Beschäftigungsverhältnisses nicht schwanger zu werden. Zusätzlich mussten sie eine undatierte Kündigung unterschreiben, in die der Arbeitgeber jederzeit nach eigenem Belieben das

Datum einsetzen kann.

Alkoholismus und Selbstmord

Zu Zeiten des Stalinismus waren Verhütungsmittel Mangelware. Nach wie vor sind sie nur bedingt erhältlich und teuer. An der Tatsache, dass Abtreibung das zentrale Verhütungsmittel ist, hat sich darum bisher wenig geändert. So beträgt zum Beispiel derzeit in Russland das Verhältnis von Abtreibung und Lebensgeburten 2 zu 1. Die sich verschlechternden Lebensumstände trieben viele Frauen in den Alkoholismus. Außerdem stieg die Selbstmordrate bei Frauen von 1990 bis 1995 um fast 20 Prozent. Aber natürlich greifen auch Männer in einer derartigen Krisensituation vermehrt zum Alkohol und lassen ihre Wut über die eigene Hilflosigkeit verstärkt an ihren Frauen aus. Die Gewalt gegen Frauen ist stark gestiegen.

Prostitution

Durch den wirtschaftlichen Zusammen-

bruch Osteuropas und die Öffnung der Grenzen sind diese Länder auch noch für einen anderen Markt attraktiv geworden: den internationalen Frauenhandel. Frauen sind für die organisierten Zuhälterringe, die ihre menschliche Fracht in Bordelle in der ganzen Welt liefern, leichte Beute geworden. Tausende von Frauen aus Osteuropa werden durch das Versprechen einer sicheren Arbeitsstelle in Westeuropa oder den USA angelockt, um anschließend als Sexarbeiterinnen versklavt zu werden. Frauen müssen ihren Körper und ihre Würde an Männer aus Deutschland verkaufen – nicht für eine Nacht, sondern als Ehefrauen auf unbestimmte Zeit. An den Durchfahrtsstrecken zu Deutschland haben sich ganze Straßenzüge in Bordellviertel verwandelt. Frauen präsentieren sich entlang den Hauptstrecken in Schaufenstern den vorbeifahrenden Ausländern.

Die Frau als Ware und Exportartikel – das hat die Wiedereinführung der Marktwirtschaft gebracht. ■

8. März – internationaler Frauentag

Die Erklärung des Komitees für eine Arbeiterinternationale – CWI zum 8. März 2001 ist in der SAV-Bundeszentrale erhältlich

Neuerscheinung Das SAV-Frauenprogramm

Im April werden wir eine Broschüre über die Aktivitäten und die Frauenfrage in der Arbeiterinternationale veröffentlichen. Auf den 7. bis 13. April in Berlin. Siehe Seite 13. Wird das Programm von den Frauen vorgestellt.

ng erkämpfen!



Bildungsabbau. Junge Frauen sind bei Demonstrationen

dem Schönheitskult. Denn die Schönheitsindustrie hat sich das Bild von der Frau als Ware zu Nutze gemacht und werbewirksam vermarktet und vorange- trieben. Überall werden Frauen mit Schönheitsidealen konfrontiert, die zeigen, wie sie auszusehen haben. Für viele Frauen ist der Körper auf diese Weise zu einem Instrument der Selbstbehauptung in der Gesellschaft geworden – und viele scheitern an diesen hochgesteckten Zielen. Magersucht und Bulimie sind die Folgen für viele Frauen und Mädchen und kosten immer mehr von ihnen das Leben.

Immer mehr Mädchen investieren Zeit, Geld und Energie in die äußerliche Erscheinung, statt sich mit ihren eigenen Interessen zu beschäftigen. Und die künstlich geschürte Konkurrenz unter Frauen kann so auch gleichzeitig verhindern, dass sie sich ihrer gemeinsamen Interessen bewusst werden und sich gar gegen diese sexistischen Werbestrategien verbünden.

Dabei haben die in der Werbung zum Einsatz kommenden Schönheitsideale nichts mit natürlichen Vorstellungen zu tun, sondern sind lediglich Ausdruck der Ideologie der Frau als Ware – gepaart mit knallharten ökonomischen Interessen der Schönheitsindustrie.

Frauenunterdrückung mit System

Zwar haben es mittlerweile einige Frauen geschafft, in die oberen Reihen von Politik und Wirtschaft vorzudringen, jedoch sind sie zahlenmäßig absolut unterrepräsentiert. Der entscheidende Punkt ist aber, dass diese Frauen in den gesellschaftlichen Herrschaftspositionen nicht abstrakt als „Frauen handeln“, sondern konkret als Vertreterinnen ihrer Klasse. Als solche haben sie die selben Interessen wie die Männer in der selben Funktion und stellen dies auch tatkräftig unter Beweis. Auch die Frauen aus den Reihen von SPD und Grünen haben der frauenfeindlichen Rentenreform zugestimmt. Und es macht für die betroffenen Arbeiterinnen wirklich keinen Unterschied, wenn es eine Unternehmerin ist, die ihnen das Weihnachtsgeld kürzt oder wenn sie von einer Unternehmerin statt von einem Unternehmer entlassen werden.

Frauenunterdrückung ist in diesem System verankert und solange keine Verän-

derungen in den gesellschaftlichen Verhältnissen erfolgen, wird die Befreiung der Frau aus dieser Lage unmöglich sein. Und solange Frauen in der Erwerbsarbeit nicht gleichberechtigt sind, werden sie auch in allen anderen gesellschaftlichen Bereichen nicht gleichberechtigt teilhaben können. Ziel kann aber nicht die gleiche Verteilung von Arbeitslosigkeit und Armut auf Männer und Frauen sein.

Sinnvolle Arbeit, Einkommen, soziale Sicherheit, gesunde Umwelt, sind in den Augen der Herrschenden mit ihrem Profitstreben unvereinbar und entsprechende Beschneidungen erfolgen. Das heißt, es werden die Interessen von Frauen und von Männern beschnitten, auch wenn Frauen dies als erstes und stärker zu spüren bekommen

Deshalb darf auch eine wichtige Größe in dem Ganzen nicht vergessen werden: Das Ausmaß der Angriffe auf alle ArbeiterInnen und die Benachteiligungen bestimmter Menschengruppen steht und fällt nicht allein mit den Entscheidungen der Herrschenden, sondern ist ebenso abhängig von dem Widerstand, der diesen Angriffen entgegengebracht wird.

Widerstand

So wie die Arbeiter- und Frauenbewegung im letzten Jahrhundert, müssen auch wir uns die Spaltungspolitik der Herrschenden auf Kosten der Frauen nicht gefallen lassen. Wir können uns dem gemeinsam entgegenstellen. Denn der Kampf für die Befreiung der Frau bedeutet letztlich einen gemeinsamen Kampf von Männern und Frauen für die Interessen der gesamten Arbeiterklasse gegen die Profitinteressen der Herrschenden. Und so wie die Konzerne uns weltweit gegeneinander ausspielen, indem sie, wie in den Freihandelszonen der Fall, Frauen und Männer mit Billiglöhnen abspesen um die Produkte dann teuer in den Industrienationen zu verkaufen, so müssen wir uns auch international gegen dieses kapitalistische System zur Wehr setzen. Denn wir brauchen eine Gesellschaftsordnung in der die Bedürfnisse der Mehrheit der Bevölkerung und nicht Profitinteressen einer kleinen Minderheit bestimmend sind. Es ist an der Zeit, dass wir uns organisieren und gemeinsam für eine sozialistische Zukunft ohne Unterdrückung und Diskriminierung kämpfen. ■

sengesellschaft, der Ehe und dem Privateigentum entwickelte sich die Prostitution heraus und stellt seit rund 4.000 Jahren das Gegenstück zur Ehe dar. Dabei sind die Gründe, wieso sich Frauen prostituierten bis heute die gleichen geblieben. Es ist nicht die Lust oder Freude am Sex, wie uns durch Talkshows vermittelt werden soll, die die Mehrheit dieser Frauen dazu bringt ihren Körper zu verkaufen, sondern es sind soziale Notlagen. Richtig verdienen tun nur die Zuhälter. Frauen und Mädchen in den Entwicklungsländern wird für den Verkauf ihres Körpers manchmal nur ein Dollar gezahlt.

Prostitution hat meist wenig mit freier Entscheidung zu tun – im Gegensatz zum Kauf der Frauen. Die Freier können sich aussuchen, mit wem sie ins Bett wollen, was auch den Kern der Sache verdeutlicht. Für die Freier geht es nämlich primär nicht um sexuelle Befriedigung, sondern durch die absolute Verfügbarkeit über die gekaufte Frauen – um Machtbefriedigung.

Schönheitswahn und Schönheitsindustrie

Neben diesen extremen Ausdrucksformen der Frau als Ware sehen sich Frauen in den Industrienationen mit weiteren (körperlichen) Zwängen konfrontiert –

Die SAV kämpft für folgende Forderungen:

- ⇒ Gleicher Lohn für gleiche Arbeit
- ⇒ Gemeinsamer Kampf von Frauen und Männern gegen Entlassungen, Privatisierungen und Sozialabbau
- ⇒ 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- ⇒ Mindestsicherung (Mindestlohn, Mindestrente) von 2.000 Mark netto
- ⇒ Flächendeckendes Angebot an gut ausgebauten, selbstverwalteten Frauenhäusern. Ob städtisch oder autonom, die finanziellen Mittel müssen sichergestellt sein
- ⇒ Flächendeckend ausgebauter öffentlicher Nahverkehr zum Nulltarif, bis dahin kostenlose Nachttaxis für Frauen
- ⇒ Weg mit dem Paragraph 218
- ⇒ Schluss mit sexistischer Werbung
- ⇒ Enteignung der Schönheitsindustrie
- ⇒ Vergesellschaftung der Hausarbeit: Einrichtung von preisgünstigen Stadtteilkantinen und Wäschereien
- ⇒ Kostenlose Kinderbetreuung vom 1. bis zum 13. Lebensjahr
- ⇒ Öffentliche Investitionen und Neueinstellungen in den Bereichen Wohnen, Kindergärten, Bildung und Ausbildung, Gesundheitswesen, Altenpflege – Finanzierung mit den Milliardengewinnen der Banken und Konzerne und den Geldern, die sich in den Taschen der Superreichen befinden
- ⇒ Überführung der Banken, Konzerne, Versicherungen in Gemeineigentum Demokratische Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung
- ⇒ Statt Produktion für den Profit – Produktion für die Bedürfnisse der Menschen

erscheinung
programm
und erwei.

Frauenunterdrückung und Klassengesellschaft

Männer können keine Kinder kriegen. Immer wieder wurde und wird versucht, aus diesem biologischen Unterschied die Unterdrückung der Frau als naturgegeben zu begründen, zu rechtfertigen und damit zu verewigen. Diese Sichtweise ist falsch, wie historische Untersuchungen über die Rolle und die Stellung der Frau belegen. In früheren, sogenannten primitiven Gesellschaften war die Unterdrückung der Frau unbekannt. Frauen trugen mindestens ebenso viel zur Nahrungsbeschaffung bei wie die Männer. Sie waren selbstredend bei der Verteilung der Nahrung nicht benachteiligt, Gewalt gegen Frauen durch die Männer war undenkbar, schon weil die Frauen nicht durch Ehe gebunden und nicht materiell von einem Mann abhängig waren.

Sie genossen im Gegenteil ein hohes Ansehen, da sie durch das Gebären von Kindern den Fortbestand der Sippe sicherten. Davon zeugen auch viele Malereien und Statuetten, in denen Frauen als Symbole der Fruchtbarkeit verehrt werden.

Die Unterdrückung der Frau begann erst mit der Spaltung der Gesellschaft in Klassen – in Herrscher und Beherrschte, in Sklavenhalter und Sklaven, in landbesitzenden Adel und abhängige Bauern. Es ist unmöglich, den Prozess der Entstehung der Klassengesellschaft und der Unterdrückung der Frau in wenigen Zeilen zu schildern. Aber es war genau der Umstand, Kinder zu gebären und zu stillen, der den Frauen ursprünglich zu hohem Ansehen verhalf und jetzt die historische Niederlage der Frauen bedingte. Im Gegensatz zu den Frauen wurde die Mobilität der Männer nie durch zu

stillende Kinder eingeschränkt. Die Steigerung der Produktivität führte schließlich dazu, dass ein Überschuss erwirtschaftet werden konnte. Zum ersten Mal in der Geschichte lebten die Menschen nicht von der Hand in den Mund. Dies warf die Verteilungsfrage auf. Letztendlich wurde die Verteilung mit Gewalt gelöst, indem sich Einzelne zum Beispiel durch Raub oder Überfälle auf andere Gruppen Eigentum privat aneigneten (zum Beispiel Vieh oder Land).

Die Gesellschaft spaltete sich in Besitzende und Besitzlose. In jeder Klassengesellschaft waren aber die Herrscher gegen über den Beherrschten in der Minderheit. Es gab immer mehr Sklaven als Sklavenhalter, es gibt heute mehr arbeitende Menschen als Kapitalisten. Um diese Minderheits-herrschaft zu sichern, bedienten sich die Herrscher zu allen Zeiten des Mittels der Spaltung der Beherrschten. Die Spaltung in Männer und Frauen ist dabei die tiefgehendste und folgenschwere.

Aus diesen Betrachtungen ergeben sich zwei Schlussfolgerungen: die Unterdrückung der Frau hat ihre Ursache in der Klassengesellschaft, die Befreiung der Frau kann nur erreicht werden durch die Abschaffung der Klassengesellschaft und die Errichtung einer klassenlosen Gesellschaft, einer sozialistischen Demokratie. Um dieses Ziel zu erreichen müssen Männer und Frauen in der Arbeiterbewegung gemeinsam kämpfen. Für höhere Löhne, gegen Arbeitsplatzvernichtung, für Bildung und Ausbildung, gegen jede Form der Diskriminierung von Frauen und für eine neue, sozialistische Gesellschaft. ■



Daewoo, Südkorea: Arbeiterinnen und Arbeiter kämpfen derzeit gemeinsam für die Verteidigung ihrer Arbeitsplätze

Frauenunterdrückung in Zahlen

- Laut UN werden jährlich vier Millionen Frauen und Kinder in die Prostitution, Sklaverei oder Ehe verkauft
- Durch gezielte Abtreibung weiblicher Föten, Tötung neugeborener Mädchen und schlechtere Versorgung gibt es weltweit 60 Millionen weniger Frauen, als demografisch zu erwarten wäre
- Nach UN-Schätzungen werden täglich 6.000 Frauen an ihren Genitalien verstümmelt. Weltweit sind 130 Millionen Frauen betroffen
- 50.000 Frauen fliehen in Deutschland jährlich in Frauenhäuser
- Im Jahr 2000 waren zwei Drittel der weltweit 880 Millionen Analphabetinnen weiblich

Alice Schwarzer, Herausgeberin der Zeitschrift Emma, hat 25 Jahre nach ihrem Bestseller „Der kleine Unterschied“ ein neues Buch unter dem



Titel „Der große Unterschied“ herausgebracht. Für die Autorin ist die Unterdrückung der Frau im Mann begründet, beziehungsweise in der Macht, die Männer korrumpiert hätte. Schwarzer unterlässt es, einen Blick weg vom Mann auf die Gesellschaft und ihre Mechanismen zu werfen. Da Schwarzer in der Diagnose irrt, schlägt sie auch eine falsche Medizin vor. Fatalerweise setzt sie ihre Hoffnungen auf Politikerinnen in den Parlamenten und damit auf Personen wie Merkel, die für eine durch und durch frauenfeindliche Politik stehen und ein System verteidigen, in dem die Befreiung der Frau nicht verwirklicht werden kann.

Israel nach den Wahlen

Neue Regierung, alte Konflikte

Netanjahu wurde nach drei Jahren abgesetzt, Barak nach nur 18 Monaten und Scharons Amtszeit könnte noch kürzer ausfallen. Diese Entwicklung zeigt die tiefe wirtschaftliche und politische Krise des Kapitalismus in Israel.

Von Mandy Rabin, Israel Maavak Sozialisti, SAV-Schwesterorganisation

Im Mai 1999 hatten 55 Prozent der WählerInnen in Israel enthusiastisch für Ehud Barak gestimmt. Barak hatte ein kostenloses Bildungssystem, die Schaffung von 300.000 Arbeitsplätzen, den Rückzug aus dem Libanon innerhalb eines Jahres im Zusammenhang mit einem Friedensabkommen mit Syrien und Frieden mit den PalästinenserInnen versprochen.

Innerhalb von 18 Monaten musste Barak nach einem niederschmetterndem Ergebnis den Hut nehmen. Mit 25 Prozent lag er hinter seinem Konkurrenten zurück – das schlechteste Ergebnis eines Kandidaten für den Posten des Ministerpräsidenten in der Geschichte Israels. Diese Resultate zeigen die Wut und den Hass der israelischen ArbeiterInnen auf Barak und seine so genannte Arbeitspartei (die neben Scharons Likud-Partei die zweite große Partei der Kapitalisten ist).

Barak hat in jeder Hinsicht versagt. Als sich die Rezession verschlimmerte, nahmen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau dramatisch zu. Anstatt ein Friedensabkommen mit Syrien zu erreichen, mussten die israelischen Armeeoffiziere einen demütigenden Rückzug aus dem Libanon hinnehmen. Barak konnte keinen Fortschritt bei den Friedensverhandlungen mit den PalästinenserInnen erreichen. Im Gegenteil. Inzwischen ist auch eine neue Intifada aufgeflammt, in deren Schatten das Schreckgespenst eines lokalen und regionalen Krieges lauert.

Ariel Scharons alarmierende 25 Prozent Vorsprung vor Barak sind kein Zeichen einer überwältigenden Unterstützung für Scharon. Scharon (von der konservativen Likud-Partei) wird von vielen israelischen ArbeiterInnen als gefährlich angesehen. Im scharfen Gegensatz zu früheren Wahlen, beweist das fast völlige Fehlen von Plakaten, Transparenten

und Wahlaufklebern zum Beispiel auf Autos die geringe Unterstützung für Scharon.

Bei zwei so verhassten Kandidaten fühlten sich viele Israelis vor die Wahl zwischen Pest und Cholera gestellt, was sich in einer der niedrigsten Wahlbeteiligungen (59 Prozent) in der Geschichte Israels ausdrückte.

Boycott der PalästinenserInnen

Den dramatischsten Umschwung bei den Wahlen gab es bei den PalästinenserInnen mit israelischer Staatsbürgerschaft, die 12 Prozent der WählerInnen und 20 Prozent der Bevölkerung ausmachen. In den letzten Wahlen hatte Barak unter israelischen PalästinenserInnen 95 Prozent der Stimmen erreicht. Dieses Mal kam es de facto zu einem Massenboycott. Dieses Mal gaben nur 16 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimmzettel ab, von denen auch noch 25 Prozent ungültig wählten.

Die israelischen PalästinenserInnen hatten ursprünglich große Hoffnungen in Baraks Friedensversprechen gesetzt. Stattdessen mussten sie nun die Hauptlast der Rezession tragen. Die letzten Illusionen wurden zerstört, als unter Barak 13 israelische PalästinenserInnen während einer Demonstration im letzten Oktober brutal von der israelischen Polizei ermordet wurden.

In den palästinensischen autonomen Gebieten ist das Einkommen seit letztem Herbst laut UN um 75 Prozent gesunken. Die Arbeitslosigkeit liegt nunmehr bei 40 Prozent. Die Armutsrate wird laut UN von 21 auf 32 Prozent steigen.

Rezession

Da die traditionellen Industrien schon seit Jahren in der Krise stecken, hatte in der letzten Zeit nur die High-Tech-Branche die Wirtschaft am Laufen gehalten. Doch mittlerweile sind auch die Auswirkungen der Einbrüche an der Technologiebörse NASDAQ zu spüren. Es vergeht kein Tag mehr, an dem nicht ein Konkurs oder eine Firmenschließung bekanntgegeben würde.

Dazu kommen die verheerenden Auswirkungen der Intifada auf die Touris-

musbranche. Israel befindet sich damit in einer tiefen Wirtschaftskrise, die noch die Krise vor fünf Jahren übertrifft. In der Folge von Scharons Wahlsieg wird eine Ausweitung der Intifada erwartet. Unter PalästinenserInnen wird Scharon nur der „Schlächter von Sabra“ genannt (siehe Foto).

Angesichts der wachsenden Instabilität setzte die herrschende Klasse Scharon unter Druck, eine Regierung der „nationalen Einheit“ zu bilden, die Baraks Partei mit einbezieht. Diese Regierung wird versuchen, das Osloer Friedensabkommen wieder aufleben zu lassen, um die Intifada einzudämmen. Sie wird auch eine Große Koalition gegen die israelischen ArbeiterInnen sein, die zum Ziel hat, die Lohnabhängigen für die sich verschärfende Wirtschaftskrise zahlen zu lassen.

Sozialistische Lösung

In unserem Wahlkampfmaterial erklärten wir von Mavaak Sozialisti, dass sowohl Barak als auch Scharon den Interessen der Konzerne dienen. Deshalb haben wir dazu aufgerufen, einen leeren Stimmzettel abzugeben. Wir haben auch die Notwendigkeit aufgeworfen, eine Massenarbeiterpartei aufzubauen, die demokratisch von der Mitgliedschaft kontrolliert wird, die die ArbeiterInnen gegen die Angriffe der Regierung und Unternehmer verteidigt und die eine wählbare Alternative zu den Parteien der Bosse darstellt. Aber um die Unterstützung der Massen gewinnen zu können, müsste eine solche Partei auch einen Weg zur Überwindung der Spaltung zwischen Israelis und PalästinenserInnen und zu den Friedensverhandlungen der Herrschenden über die Köpfe der Betroffenen hinweg aufzeigen.

Der Kapitalismus hat sich im ganzen Nahen Osten als unfähig bewiesen, Frieden zu schaffen und Armut und Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Nur auf der Grundlage von Arbeitereinheit und einem sozialistischen Israel neben einem sozialistischen Palästina als Teil einer sozialistischen Föderation in der Region auf freier und freiwilliger Basis kann eine Alternative zu Krieg, Flüchtlingselend und Ausbeutung geschaffen werden. ■



1982: Massaker durch israelisches Militär im palästinensischen Flüchtlingslager Sabra im Libanon. Scharon war damals israelischer Verteidigungsminister

Frankreich

Etappensieg gegen Rentenklau

Nicht nur in Deutschland, auch in Frankreich, Griechenland und in anderen Ländern der Europäischen Union stehen die bisherigen Rentenregelungen unter Beschuss.

In Frankreich wollten die Konzernchefs den Ruhestand mit 60 Jahren kippen und eine „Rente a la carte“ einführen. Das konnte abgewehrt werden. Zum ersten Mal seit der Streikwelle im Öf-

fentlichen Dienst 1995 mobilisierten die verschiedenen Gewerkschaftsverbände auf den massiven Druck von unten zu gemeinsamen Demonstrationen. Am 25. Januar kam es in ganz Frankreich zu Protestkundgebungen, an denen mehrere hunderttausend Kolleginnen und Kollegen teilnahmen.

Nach diesen Massenprotesten verkündete der Unternehmer-

verband Medef ihre „Rente a la carte“ auf Eis zu legen – allerdings nur bis zum Jahr 2003. Bei der angestrebten Verlängerung der Anwartszeit konnten die Kapitalisten allerdings noch nicht zu einer Kehrtwende gezwungen werden. Hier stehen weitere Mobilisierungen aus, um einen faulen Kompromiss von Seiten der Gewerkschaftsspitze zu verhindern. ■



Am 25. Januar gingen in Frankreich Hunderttausende gegen die Zerschlagung des Rentensystems auf die Straße

VW Südafrika

Streikende brauchen weiter unsere Solidarität



Nachdem die 1.300 Kolleginnen von VW Uitenhage in Südafrika ein Jahr lang gegen ihre Entlassung gekämpft hatten, kam es zu einem Schlichterspruch, der ihre Wiedereinstellung verlangte. Das lehnten die VW-Bosse jedoch ab und zogen vors Arbeitsgericht. Für ihre Verteidigung benötigen die Streikenden dringend 150.000 südafrikanische Rand (mehr als 40.000 Mark).

Alexandra Arnsburg, Berlin, sprach mit Abraham Agulhas (Generalsekretär der Gewerkschaft OCGAWU) und Edward Ketye (Ex-Weltbetriebsratsmitglied von VW, nach 23 Jahre entlassen) während ihrer Rundreise in Deutschland.

Wie war es möglich, dass ihr solange durchgehalten habt?

Abraham: Ich denke, das Wichtigste war die Einheit der ArbeiterInnen. Die Unterstützung und der Zuspruch der KollegInnen in Deutschland und weltweit hat sehr dazu beigetragen, dass die ArbeiterInnen für eine sehr lange Zeit motiviert wurden. Wir wissen nicht wie lange es noch dauern wird, vielleicht ein paar Jahre. Es kommt darauf an, wie das Management reagiert. Aber es ist auch ein Test für uns, ob wir es schaffen, die ArbeiterInnen zusammen zu halten. Die Menschen haben

kein Geld, sie leiden, Familien brechen auseinander, manche haben zum Beispiel kein Geld für Essen. Es ist sehr wichtig, dass wir hier sind. Wenn wir zurückkehren und von der Unterstützung berichten, wird das sehr helfen.

Wer half euch?

Edward: Als wir entlassen wurden, waren wir in der Gewerkschaft NUMSA organisiert. NUMSA ließ uns allein und so traten wir der unabhängigen OCGAWU bei. Dann haben wir KollegInnen in Deutschland, die uns unterstützen.

Was denkst du, wie ihr weiter kämpfen werdet?

Edward: Wir werden die Arbeiterklasse in der ganzen Welt mobilisieren. Ein Sieg der ArbeiterInnen von Volkswagen ist nicht nur ein Sieg der südafrikanischen VW-ArbeiterInnen allein, sondern es wird ein Sieg für die ArbeiterInnen international sein, weil ihre Rechte von diesen multinationalen Konzernen angegriffen werden.

Schickt Protestbriefe an VW-Deutschland: Fax: 05361-9-21464

Spenden zur Unterstützung der südafrikanischen KollegInnen an: Erhard Scholz, Konto 294147508, Postbank Köln, BLZ 37010050

Serie: „Kritiker des Neoliberalismus“

Teil 5: Die Bewegung ATTAC

ATTAC! - Netzwerk zur demokratischen Kontrolle der internationalen Finanzmärkte



„Es geht einfach darum, die Zukunft unserer Welt wieder gemeinsam in die Hand zu nehmen.“ So lautet der Schlusssatz der Charta von ATTAC International. Diese internationale Initiative zur demokratischen Kontrolle der Finanzmärkte hat ausgehend von Frankreich mittlerweile in vielen Ländern Zulauf gefunden. Auch in Deutschland ist ATTAC inzwischen in 15 Städten mit Gruppen oder AnsprechpartnerInnen vertreten.

Von Ingmar Meinecke, Dresden

Die Wirtschaftskrise, die 1997/98 erst über Südostasien hereinbrach und sich dann schnell auf Russland und Lateinamerika ausdehnte, hat nicht nur die bürgerlichen Kommentatoren vorsichtiger Töne anschlagen lassen, sondern auch einer weltweiten Bewegung gegen den Neoliberalismus und die Globalisierung Aufschwung gegeben. Seit Seattle vergeht kein Treffen von IWF, Weltbank, G8 oder der EU ohne riesige und teils sehr militante Proteste. In dieser Welle des neuen internationalistischen Widerstands war auch immer wieder die Bewegung ATTAC zu finden.

Ihre Gründung geht auf einen Artikel von Ignacio Ramonet in der Le Monde Diplomatique vom Dezember 1997 zurück. Unter der Überschrift „Entwaffnet die Märkte“ greift er die Vorratswirtschaft der Finanzmärkte und den ungehinderten Fluss von Kapital weltweit als eine Bedrohung für die Demokratie, die Stabilität der Staaten und das Wohlergehen

der Völker an. Er propagiert die Einführung der so genannten Tobin-Steuer, mit der die Kapitalströme belegt werden sollen. Von dieser Steuer erhoffen sich ihre Anhänger die Eindämmung der spekulativen Finanztransaktionen. Zur Durchsetzung dieses Vorhabens schlägt Ramonet die Gründung einer Gruppe vor, um Druck auf die Regierungen auszuüben. Diese Gruppe soll den Namen ATTAC tragen, als Kürzel für „Aktion für eine Tobin-Steuer als Hilfe für die Bürger“ (Action pour une taxe Tobin d'aide aux citoyens). Die Reaktion darauf war überwältigend. Bei Le Monde Diplomatique gingen Tausende von Briefen der Unterstützung ein. Anfang Juni 1998 erfolgte dann die offizielle Gründung in Frankreich. Neben mittlerweile 26.000 Einzelmitgliedern gehören dem Netzwerk dort zum Beispiel die Erwerbslosenorganisation AC!, Gewerkschaftsaktionen wie die CGT-Gewerkschaft der höheren Angestellten (UGICT) oder die linke CDFT-Transportbranche, mehrere der linken Basisgewerkschaften SUD und die linke Bauerngewerkschaft CP an. Aber auch die Anti-Rassismus-Organisation MRAP oder Publikationen wie die Le Monde Diplomatique und die Satirezeitschrift Chalie Hebdo sind dabei.

Seitdem hat ATTAC durch viele spektakuläre Aktionen auf sich aufmerksam gemacht. So versuchten anlässlich des EU-Gipfels in Nizza im letzten Dezember UnterstützerInnen von ATTAC in die nahe gelegene Steueroase Monaco einzumarschieren. Als die französische Polizei die Grenze abriegelte errichteten sie aus Pappkartons eine hohe „Mauer des schmutzigen Geldes“, die sie dann symbolisch zum Einsturz brachten. Viele Menschen sind unter dem Dach von ATTAC erstmals politisch aktiv geworden und entwickeln dort Engagement gegen eine Welt des Kapitals. Nach einem Treffen von Büroangestellten von ATTAC im Pariser Geschäftsviertel La Defense entschieden sich diese zum Beispiel spontan, 15.000 Flugblätter an ihren Ar-

beitsplätzen zu verteilen.

Beschränkung auf Steuerpolitik

Angesichts der heterogenen Zusammensetzung und der Struktur eines Netzwerkes gibt es natürlich eine ganze Reihe politischer Ansichten innerhalb von ATTAC. Die offiziellen Forderungen der Organisation sind aber recht begrenzt. Sie hinken oftmals den Slogans von Seattle, Prag oder Nizza hinterher und stärken, wie wir sehen werden, Illusionen in die Reformierbarkeit des Kapitalismus.

Der zentrale Punkt in allen Dokumenten von ATTAC ist die Forderung, den globalen Kapitalfluss und die Finanzmärkte wieder unter Kontrolle zu bringen. Ignacio Ramonet schrieb in seinem Artikel: „Die finanzielle Globalisierung ist ein Gesetz um seiner selbst willen geworden (...) Es ist mit Sicherheit die Zeit gekommen, um diese zerstörenden Bewegungen des Kapitals zu stoppen. Es gibt drei Wege, um das Problem zu lösen: das Schließen der Steuerparadiese, das Anheben der Steuern auf nicht aus Arbeit stammendes Einkommen und das Auferlegen einer Steuer auf die Finanzströme.“

Ihr Schwerpunkt liegt offensichtlich auf einer anderen Steuerpolitik. Zentrales Projekt ist dabei die Tobin-Steuer. Dieses geht auf den US-Wirtschaftswissenschaftler James Tobin zurück. Er schlug in den 70er Jahren vor, internationale spekulative Finanzflüsse mit 0,1 Prozent zu besteuern. ATTAC hofft, durch Druck auf die Regierungen diese dazu zu bringen, eine solche Steuer einzuführen. Doch die Forderung ist das eine, die Verwirklichung das andere. Ein Problem ist, die verschiedenen Kapitalströme überhaupt zu unterscheiden. Welche sind spekulativ und welche sind direkt an den Warenverkehr gekoppelt? Um das zu überwachen, müsste man fordern, die Geschäftsbücher der Banken und Konzerne offenzulegen. Einer solchen Forderung werden diese im Kapitalismus aber niemals freiwillig nachkommen.



Die Institutionen des Kapitals wie die Welthandelsorganisation (WTO) sind durch und durch undemokratisch – Teile von ATTAC geben sich der Illusion hin, diese Einrichtungen reformieren zu können

Aber es gibt noch ein viel entscheidenderes Argument gegen die Illusion, dass man nur eine andere Steuerpolitik braucht. Das ist die Erfahrung mit dem heutigen Steuerbetrug. Trotz der unternehmerfreundlichen Steuergesetzgebung in der BRD verliert der Fiskus derzeit jährlich 190 Milliarden Mark durch Steuerhinterziehung. Obwohl DaimlerChrysler 1999 mit 21,5 Milliarden einen Rekordgewinn erzielte, musste der Konzern keinen Pfennig an Ertragssteuern aufbringen. Damit dem Steuerbetrug der Riegel vorgeschoben werden kann, muss die Politik der Banken und Konzerne kontrolliert werden können. Effektiv kontrollieren lässt sich nur, was einem gehört. Darum führt an der Enteignung der Großunternehmen und der demokratischen Kontrolle durch die arbeitende Bevölkerung letztendlich kein Weg vorbei.

Krise in der Produktion

ATTAC scheint im übrigen nur die Finanzsphäre angreifen zu wollen. In den 80er und 90er Jahren ist es gewiss zu einer starken Überhitzung der Finanzmärkte gekommen. Die Aktienkurse haben schwindelerregende Höhen erreicht und sind im Vergleich zu den realen Profiten der Unternehmen völlig überbewertet. Das heißt aber nicht, dass wir den Finanzbereich als losgelöst von der realen Produktion sehen können. Die Krise in Südostasien 1997/98 war eine klassische Überproduktionskrise. Die Überkapazitäten wurden auf 30 Prozent geschätzt, vor allem bei der Produktion von Computern, elektrischen Geräten und Autos. Dieser grundlegende Widerspruch des Kapitalismus, die Krise durch einen Überschuss an Waren oder an Kapital – dieser Widerspruch wird durch Steuerpolitik nicht gelöst.

Die Forderungen von ATTAC laufen auf die Wiedereinführung gewisser Elemente keynesianistischer Wirtschaftspolitik hinaus: Stärken der Massenkaufkraft durch Ausgaben der Regierung. Aber diese Politik führte in den 70ern zu einer schweren Inflation und enorm sinkenden Profiten. Die Antwort darauf war die neoliberale Politik. Eine hohe Nachfrage mit sinkenden Profiten wurde nun durch boomende Profite mit sinkender Nachfrage ersetzt. Heute ist auch der Neoliberalismus am Ende.

Illusion in den bürgerlichen Staat

Eng verzahnt mit ATTAC's Forderungen nach einer neuen Steuerpolitik oder auch der Entschuldung der „Dritten Welt“ ist die Frage, wer diese umsetzen soll. Dabei zieht sich durch die Dokumente von ATTAC wie ein roter Faden die Forderung, das Primat der Politik über die Ökonomie wiederherzustellen. Damit geht der Appell an die Regierungen der Nationalstaaten oder auch an die EU einher. Obwohl durchaus erkannt wird, dass die momentane Politik der Regierungen eine ganz andere ist, arbeitet ATTAC zum Beispiel mit französi-

schen Parlamentariern der Regierungsparteien PS und KP zusammen, die die EU als mögliches Regulierungsorgan der internationalen Ökonomie ausmalen. Folgerichtig enthält die Stellungnahme von ATTAC zum EU-Gipfel in Nizza folgende unklare Aussage: „Als eine Assoziation, die individuelle und juristische Personen mit unterschiedlichen Meinungen zur Zukunft der Architektur der EU vereint, bezieht ATTAC keine Position in diesem Bereich. Jedoch wird es sich jetzt und in Zukunft zu geplanten und verwirklichten Politik der Union äußern.“ In der konservativeren Strömung von ATTAC wird sogar überlegt, ob Institutionen wie die Weltbank oder der Internationale Währungsfonds, IWF, nicht reformierbar seien.

Als Sozialistinnen und Sozialisten teilen wir dieses Vertrauen in den bürgerlichen Staat nicht, denn dieser ist keineswegs unabhängig von Kapitalinteressen, sondern dient ihrer Umsetzung. Es ist anzunehmen, dass die Nationalstaaten in der vor der Tür stehenden Krise anfangen, ihre Ökonomie in verstärktem Maße nach außen abzuschotten. In diesem Sinne könnten also gewisse Antiglobalisierungsforderungen erfüllt werden. Aber wir müssen uns bewusst sein, dass dies nur dem Schutz der eigenen Bourgeoisie und ihrer Profitinteressen dient. Die Ausbeutung wird dann auf nationaler Ebene intensiviert.

Kapitalismus angreifen

Die Tendenzen der Krise haben auch das Vertrauen eines Teils der Bürgerlichen und Intellektuellen in den Neoliberalismus erschüttert. Daher engagierte sich eine Zeitung wie Le Monde Diplomatique.

Es gibt recht gute Einzelforderungen von ATTAC zum Beispiel gegen Privatisierung oder das Bilden von Rentenfonds und damit der Verabschiedung des Staates aus der Rente. Insgesamt bestärken die offiziellen Papiere von ATTAC aber im Moment die Illusionen in eine Reformierbarkeit des Kapitalismus. Allerdings sind zunehmende Diskussionen über neue Alternativen innerhalb von ATTAC im Gange. Es gilt, den gesamten Kapitalismus in Frage zu stellen und nicht nur einige Symptome. Nur mit einem konsequent sozialistischen Programm werden wir einen Ausweg aus der kapitalistischen Gesellschaft der Armut, Unterdrückung und Ungleichheit finden. Denn der Kapitalismus kann sich auf Dauer kein menschliches Antlitz leisten. Er kann es nicht um den Preis seines Untergangs. ■

* Mit diesem Artikel beschließen wir die Reihe „Kritiker des Neoliberalismus“. Die ersten vier Teile setzten sich mit den Ansichten von Pierre Bourdieu, Vivianne Forrester, Paul Krugman und Robert Kurz auseinander. Sie erschienen in den letzten vier Ausgaben der VO-RAN. Unter www.sav-online.de sind die Texte abrufbar

Bomben auf Bagdad

Zehn Jahre nach dem letzten Golfkrieg war der Irak im Februar Zielscheibe von US-amerikanischen und britischen Raketenangriffen. Aber nicht Saddam Hussein, sondern die arbeitende Bevölkerung des Irak ist Opfer der Blockadepolitik des US-Imperialismus. Laut Unicef kamen durch die Sanktionen seit 1991 eine halbe Million irakische Kinder ums Leben. Gegenwärtig müssen Monat für Monat 4.000 Kinder an den Folgen der Sanktionen sterben.

In der ganzen arabischen Welt gab es wütende Proteste. Auf den Demonstrationen wurde auch auf das Schicksal der palästinensischen Massen verwiesen. Das israelische Militär – unterstützt von den USA – hält nach wie vor Palästinensergebiete besetzt. Der neue US-Präsident Bush begründete die jüngste Bombardierung auch mit der Verfolgung der KurdInnen im Norden Iraks. Bush verschweigt aber, dass zum Beispiel das Massaker von Halabja 1988, bei dem Hussein chemische Waffen gegen KurdInnen einsetzen ließ, zu einem Zeitpunkt stattfand, als Hussein noch ein Verbündeter der USA war – damals unter Bush Senior.

Alles Lüge

Im März jährt sich der Beginn des NATO-Krieges gegen Jugoslawien zum zweiten Mal. Der frühere Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, Willi Wimmer (CDU), erklärte im Deutschlandfunk, Rot-Grün hätte die Beteiligung am Balkankrieg durch Manipulation der Öffentlichkeit ermöglicht. Laut Wimmer ist der Balkankrieg genauso wie der Erste und Zweite Weltkrieg ein „originärer Angriffskrieg“ gewesen.

Am 8. Februar strahlte der Westdeutsche Rundfunk (WDR) die Dokumentation „Es begann mit einer Lüge“ aus, in der dargestellt wird, dass Scharping 1999 gezielte Falschinformation betrieben hat. Bei einer Live-Diskussion am 19. Februar dazu glänzte Scharping durch Abwesenheit. Der Verteidigungsminister schickte auch keinen Stellvertreter in die Sendung.

Link zum Manuskript der Sendung <http://www.wdr.de/online/news/kosovolveue/>

Nach mir die Sintflut

Wenn keine Maßnahmen gegen die Erderwärmung, sprich zur Reduzierung der Treibhausgase, ergriffen werden, drohen Stürme und Überflutungen dramatisch zuzunehmen. Nach einem Bericht des Umweltprogrammes der Vereinten Nationen (Unep) werden die dadurch bedingten Folgeschäden im Jahr 2050 mehr als 600 Milliarden Mark betragen. Laut aktuellem Klimabericht der UN erwärmt sich die Erde in den nächsten hundert Jahren wahrscheinlich um bis zu 5,8 Grad. In der Folge erhöht sich der Meeresspiegel um bis zu 88 cm.

Zwei Monate vor Veröffentlichung dieser Zahlen konnten sich die Regierungen auf ihrem Klimagipfel weder auf Maßnahmen und noch nicht einmal auf eine gemeinsame Erklärung zur Reduzierung dieses klimafeindlichen Gases einigen. „Nach mir die Sintflut“ – das ist das Motto des Profitsystems.



Mainhattan in Frankfurt – Um die Banken wirksam zur Kasse beten zu können, wie ATTAC fordert, muss die Macht der großen Geldinstitute gebrochen werden

Was will die SAV?

Fast jede/r macht sich Sorgen um die Zukunft. Kein Zufall, denn mit der Marktwirtschaft geht es abwärts. Die Krise der Weltwirtschaft weitet sich aus. Die sozialen Folgen sind noch nicht abzusehen. Arbeitslosigkeit und Sozialabbau haben sich schon im Aufschwung verschlimmert. Weltweit finden Hunger, Elend und Kriege täglich neue Opfer. Die Zerstörung der Umwelt schreitet fort. All das hat System und das System heißt Kapitalismus.

Großkonzerne und Banken treffen ihre Entscheidungen nach Profitinteressen. Eine Minderheit besitzt die Fabriken, Banken, Immobilien und verfügt über den gesamten Reichtum. Weltweit besitzen 358 Milliarden fast soviel wie 50 Prozent der Weltbevölkerung an Einkommen haben. Die Marktwirtschaft bietet keine Zukunft.

Widerstand

Wir organisieren Gegenwehr gegen Arbeitsplatz- und Sozialabbau, Umweltzerstörung, gegen die Diskriminierung von Frauen, gegen Rassismus und Neonazis. Wir sind aktiv in Gewerkschaften, Betrieben, Schulen, Hochschulen und Stadtteilen. Die SAV tritt für kämpferische und demokratische Gewerkschaften ein. Wir beteiligen uns am Aufbau von innergewerkschaftlichen Oppositionsgruppen und anderen Zusammenschlüssen von kritischen und kämpferischen KollegInnen.

SAV

Die Sozialistische Alternative – SAV wurde 1994 um die sozialistische Zeitung VORAN gegründet. Gründungsmitglieder waren aktive AntifaschistInnen, kritische GewerkschafterInnen, JungsozialistInnen, linke SPD- und PDS-Mitglieder. Die SAV ist demokratisch aufgebaut. Wir setzen uns in der Arbeiterbewegung dafür ein, dass gewählte Vertreter nicht mehr verdienen, als einen durchschnittlichen Arbeitnehmerlohn. Dieses Prinzip setzen wir bei uns selber um.

Solidarität

Um an der Macht zu bleiben, müssen die Herrschenden versuchen, die Massen der arbeitenden Bevölkerung gegeneinander auszuspielen. Gemeinsamer Widerstand ist notwendig: Arbeitende, Arbeitslose, AusländerInnen und Deutsche, Frauen und Männer, jung und alt. Der Kapitalismus ist international, der Kampf dagegen auch. Die SAV hat sich mit sozialistischen Organisationen und Parteien aus über 30 Ländern im Komitee für eine Arbeiterinternationale zusammengeschlossen um den Kampf über Ländergrenzen hinweg organisieren zu können.

Neue sozialistische Arbeiterpartei

Die SPD/Grünen-Bundesregierung hat unter Beiseite gestellt, dass sie die Macht und die Herrschaft

der Banken und Konzerne nicht in Frage stellt, sondern ihre Politik nach den Interessen der Reichen und Su-perreichen ausrichtet. Die Krise der Marktwirtschaft wird auch unter der Schröder/Fischer-Regierung auf die Masse der Bevölkerung abgewälzt. Sozialabbau und Privatisierungen auf der einen Seite und Steuergeschenke an die Unternehmer auf der anderen Seite sind auch nach dem Regierungswechsel an der Tagesordnung geblieben. Einen Politikwechsel hat es nicht gegeben. Neu ist nur, dass Deutschland wieder Kriege führt. Die PDS wird ihrem Anspruch sozialistische Opposition zu sein nicht gerecht. Sie nutzt ihre Unterstützung unter ArbeiterInnen, Arbeitslosen und Jugendlichen nicht, um außerparlamentarischen Widerstand zu organisieren. Stattdessen hat sie auf Kommunal- und auf Länderebene begonnen, Privatisierungen und Kürzungen mitzutragen. Die PDS akzeptiert die Marktwirtschaft und damit auch die Folgen der Krise der Marktwirtschaft für die Masse der Bevölkerung.

Um den Kapitalismus abzuschaffen und durch eine sozialistische Demokratie zu ersetzen, bedarf es einer revolutionären, sozialistischen Massenpartei. Die SAV baut eine solche Partei auf.

Heute hat die Arbeiterklasse keine Massenpartei, die ihre politische Vertretung darstellt. Eine neue Massenpartei von ArbeiterInnen und Jugendlichen wäre ein großer Fortschritt, selbst wenn diese kein konsequentes sozialistisches Programm vertreten würde. Sie würde Massen von ArbeiterInnen und Jugendlichen die Möglichkeit geben, sich von den bürgerlichen Parteien unabhängig zu organisieren und für ihre Interessen einzutreten. Die SAV tritt in jeder Situation für die Einheit der Arbeiterklasse in der Aktion ein und wird Ansätze zu neuen, breiten Arbeiterparteien unterstützen.

Die SAV verbindet den Kampf um Verbesserungen mit dem Kampf für eine sozialistische Gesellschaft.

Sozialismus

Bei planmäßigem und sinnvollem Einsatz von Wissenschaft und Technik wäre es möglich, allen Menschen ein menschenwürdiges Leben zu garantieren. Das Übel muß an der Wurzel gepackt werden, der Kapitalismus gehört abgeschafft. Es gibt eine Alternative zu dem heutigen System. Die Alternative ist Sozialismus, eine Gesellschaft ohne Armut, Ausbeutung und Unterdrückung. Sozialismus braucht Demokratie wie der Körper Sauerstoff. Wir wollen weder die Diktatur einer Bürokratie, wie früher im Osten, noch die Diktatur der Konzerne und Banken.

Die großen Konzerne, Banken und Versicherungen müssen enteignet, in Gemeineigentum überführt und unter demokratische Kontrolle gestellt werden. Wir brauchen eine geplante Wirtschaft, in der die Bedürfnisse der Mehrheit der Menschen entscheiden und nicht die Profite einiger Weniger.

Aktivitäten

Gegen staatlichen Rassismus

- ★ Weg mit den Ausländergesetzen
- ★ Wahlrecht und gleiche Rechte für alle in Deutschland lebenden Menschen
- ★ Keine Abschiebungen

Umweltschutz

- ★ Sofortige Stilllegung aller Atomkraftwerke und Stopp von umweltzerstörender Produktion, Ersatzarbeitsplätze für die Beschäftigten
- ★ Ausbau des öffentlichen Verkehrs

Bezahlbare Wohnungen

- ★ Öffentliches Wohnungsbauprogramm von einer Million Wohnungen pro Jahr
- ★ Verbot von Maklertätigkeit, kostenlose kommunale Wohnungsvermittlung

Abrüstung jetzt

- ★ Gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr
- ★ Stopp von Rüstungsexporten, Umstellung der Rüstungsindustrie auf zivile Produktion

Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften

- ★ Nein zu Lohnverzicht, nein zu Bündnissen und Runden Tischen mit Unternehmern und Regierung
- ★ Funktionäre dürfen nicht mehr verdienen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn

Nein zum Europa des Kapitals

- ★ Gemeinsamer internationaler Kampf gegen Sozialabbau
- ★ Nein zum „Euro“, nein zur Europäischen Währungsunion

Für eine sozialistische Demokratie

- ★ Überführung der Banken, Konzerne, Versicherungen in Gemeineigentum
- ★ Demokratische Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung
- ★ Keine überbezahlten und korrupten Manager und Bürokraten in Wirtschaft und Verwaltung
- ★ Demokratische Wahl aller Personen in Leitungsfunktionen

Sozialistische Literatur

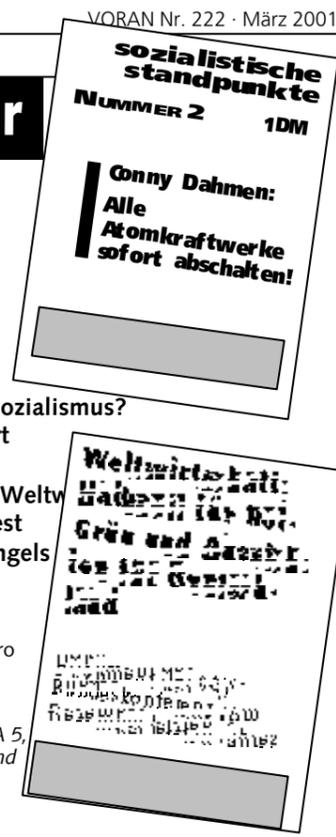
sozialistische standpunkte

- Nr. 1 - Planwirtschaft
- Nr. 2 - Atomkraft
- Nr. 3 - 10 Jahre Wiedervereinigung
- Nr. 4 - Kampf gegen Nazis und Rassisten
- Nr. 5 - Fusionsfieber
- Nr. 6 - Anarchismus
- Nr. 7 - Ist der Mensch zu schlecht für den Sozialismus?
- Nr. 8 - Ein Rückblick auf das 20. Jahrhundert
- Nr. 9 - Zum 75. Todestag Lenins
- Nr. 10 - Börsenkrach 1929 und Beginn der Weltwirtschaftskrise
- Nr. 11 - 150 Jahre Kommunistisches Manifest
- Nr. 12 - Zum 100. Todestag von Friedrich Engels
- Nr. 13 - Ursprünge des Rassismus
- Nr. 14 - Gesundes Essen - ohne Profit

jeweils 12 Seiten (außer Nr. 12, 8 Seiten), DIN A 5, pro Stück 1 Mark + Versand

28 Seiten, DIN A 5,
1 Mark + Versand

Alle Broschüren können in der SAV-Bundeszentrale bestellt werden



Upton Sinclair: Der Dschungel

1905 schrieb Upton Sinclair mit seinem Roman „Der Dschungel“ ein Buch über die damaligen Zustände in den Fleischfabriken von Chicago aus Sicht einer litauischen Arbeiterfamilie. Auch wenn das Werk knapp hundert Jahre alt ist, gewinnt es angesichts von BSE und Schweinedoping neue Aktualität.

Sinclair nimmt in diesem Buch kein Blatt vor dem Mund in der Darstellung der Lebensmittelproduktion unter kapitalistischen Verhältnissen: Bestechung von Lebensmittelprüfern, Verarbeitung cholerakranker Schweine, Weiterverarbeitung verdorbenen Fleisches. „Schon an seinem ersten Tag als Kuttelkehrer war Jurgis (die Hauptfigur) etwas Merkwürdiges aufgefallen, nämlich wie raffiniert die Bandmeister es vertuschten, wenn sich unter den hereinkommenden Rindern eine hochtrachtige Kuh befand. Jeder, der auch nur ein bisschen vom Schlachten versteht, weiß, dass das Fleisch einer Kuh kurz vor und kurz nach dem Kalben für Nahrungszweck-

ke ungeeignet ist. Und von solchen Kühen kamen jeden Tag nicht wenige in die Schlachthallen. Natürlich wäre es für die Firmen ein leichtes gewesen, sie so lange zurückzubehalten, bis sie wieder verwendbar waren, aber das hätte ja Zeit und Futter gekostet...“

Vor allem aber ist Sinclair, der sein Buch den amerikanischen ArbeiterInnen widmete, daran gelegen, die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten aufzudecken. „Wenn Jurgis erst mal länger hier sei, werde er sehen, dass in den Fabriken überall geschmiert und bestochen wird“, lässt ein Kollege Jurgis wissen. „Das ganze Werk gehöre einem Mann, der damit soviel Geld zu machen sucht, wie er nur kann, ohne irgendwelche Rücksicht auf das Wie.“ Ein weiterer Kollege „verdankte seinen Arbeitsplatz dem Unglück eines anderen. Seine Aufgabe bestand darin, einen Karren mit Schinken von den Räucherammern zum Aufzug und dann in die Verpackungshalle zu schieben. Die Karren, ganz aus Eisen, waren schwer und wurden jedesmal mit sechzig Schinken beladen, einer Last von einer Vierteltonne (...) Der Vor-

gänger war von einem gegen die Wand gedrückt und auf unbeschreiblich grausame Weise zerquetscht worden.“ Sinclair berichtet sogar von Fällen, in denen ArbeiterInnen in die Dünger- oder Wurstbottiche stürzen und bei der Fleischproduktion mitverarbeitet werden.

Nach dem Erscheinen des Romans (von vier Verlagen war es zunächst abgelehnt worden) ging der Konsum amerikanischer Fleischkonserven in Europa drastisch zurück. US-Präsident Roosevelt musste einen Trupp Prüfer in die Fabriken schicken. Gleichzeitig schimpfte er Sinclair einen „Dreckwähler“ und erklärte seinem Verleger: „Sagen sie ihm, er soll Ruhe geben und die Regierung des Landes für eine Weile mir überlassen.“

Bis zu Hitlers Machtergreifung gehörte Sinclair in Deutschland zu den zehn meistgelesenen Schriftstellern. Er schrieb mehrere Dutzend Reportage-Romane, darunter „Öl!“, „König Kohle“ und „Am Fließband“. Einige Male kandidierte er für die Socialist Party. 1933 unterlag er nur knapp bei den Gouverneurswahlen in Kalifornien.

Rowohlt-Verlag, ISBN
3499154919

Sozialistische Alternative-Ortsgruppen

Aachen

OG Ost: Dienstags, 19 Uhr, im SAV-Büro, Eifelstr. 13

OG Nord: Mittwochs, 19 Uhr, im SAV-Büro, Eifelstr. 13

OG West: erfragen im SAV-Büro

OG Mitte/Süd: Mittwochs, 19 Uhr Chê-Haus, Pontstr. 41

☎ 0241 - 50 86 85 e-Mail: aachen@sav-online.de

Berlin

OG Treptow-Köpenick: ☎ 030 - 44 08 429

OG Prenzlauer Berg - Nord: Montags, 18.30 Uhr, Club der Volkssolidarität, Stahlheimerstr. 29/ Ecke Wichertstr.

OG Prenzlauer Berg - Süd: Donnerstags, 19 Uhr, Kiez-Club, Winsstr. 42 (S-Bahn Prenzlauer Allee)

☎ 030 - 44 08 429 e-Mail: berlin@sav-online.de

Bremen

Mittwochs, 19 Uhr, im „Freizi“ Friese, Friesenstr. 110 (Haltestelle Linie 2, 3, 10 Brunnenstr.)

☎ 0421 - 5 57 68 97 e-Mail: bremen@sav-online.de

Bremerhaven

Infos unter ☎ 030 - 24 72 38 02 bei der SAV-Bundeszentrale

Dresden

Infos unter ☎ 030 - 24 72 38 02 bei der SAV-Bundeszentrale

Freiburg

Sonntags, 18 Uhr, SAV-Büro, Krozinger Str. 58

☎ 0761 - 4 16 32 e-Mail: freiburg@sav-online.de

Hamburg

Donnerstags, 19 Uhr, GWA St. Pauli, Hamburger Hochstr. 2/H.-Köllisch-Platz (S-Bahn Reeperbahn)

e-Mail: hamburg@sav-online.de

Kassel

Montags, 19 Uhr, Kulturzentrum Schlachthof, Mombachstr. 12,

☎ 0561 - 92 23 522

Kiel

Infos unter ☎ 030 - 24 72 38 02 bei der SAV-Bundeszentrale

Köln

OG Innenstadt I: Dienstags, 19 Uhr, Allerweltshaus, Körnerstr. 77-79

OG Innenstadt II: Donnerstags, 19.30 Uhr, Alte Feuerwache, Melchiorstr. 3 (U-Bhf Ebertplatz)

OG Kalk: Donnerstags, 19.30 Uhr „Humboldt-Eck“, Kantstr./Ecke Wiersbergstr. (U-Bahn Kalk Kapelle)

☎ 0221 - 83 06 381 e-Mail: koeln@sav-online.de

Rostock

OG Innenstadt: Donnerstags, 19 Uhr, SAV-Büro, Augustenstr. 92 (Eingang über Grüner Weg)

OG Dierkow: Donnerstags 19 Uhr, Kita der Volkssolidarität, J.-Chr.-Wilkenstr. 1 (Endhaltestelle Linie 2)

☎ 0381- 499 65 90 e-Mail: savrostock@aol.com

Siegen

Mittwochs, 19 Uhr, Zentrum für Friedenskultur, Alte Poststr. 14-16 (Oberstadt)

e-Mail: siegen@sav-online.de

Stuttgart

OG Süd/Ost: Mittwochs, 19.30 Uhr, Jugendhaus Mitte, Hohe Str. 9,

OG Nord/West: Mittwochs, 19.30 Uhr, Naturfreundeladen Senefelderstr. (Haltestelle Feuersee)

☎ 0711 - 24 24 42 e-Mail: stuttgart@sav-online.de

Sonstige

Kontakt zu folgenden Städten: Cottbus, Darmstadt, Düsseldorf, Duisburg, Essen, Frankfurt/Main, Heinsberg (Markus 0172 1014123), Karlsruhe, Münster, Solingen, Trier über die SAV-Bundeszentrale ☎ 030 - 24 72 38 02

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:
26. Februar
Die nächste VORAN erscheint am
30. März

Überregionale marxistische Monatszeitung – Erscheint seit 1973
Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.
Verantwortlicher Redakteur: Aron Amm
Erscheinungsweise: Monatlich
Druck: Caro Druck GmbH, Frankfurt a.M.
Bankverbindung:
Postbank Essen (BLZ 360 100 43) Konto 2500 59-430

<http://www.sav-online.de>



Sozialismus Tage 2001

Theorie und Praxis für den globalen Widerstand



Ein Wochenende voller Informationen, Diskussionen und Debatten

Berlin

13. bis 15. April

Alte Feuerwache

Axel-Springer-Str. 41
(U 2 bis Spittelmarkt oder Bus 129, 240 bis Oranienstr./Lindenstr.)

Infos & Anmeldung:
info@sav-online.de
oder 030 / 24 72 38 02

Weitere Themen:

In der letzten Zeit ist eine Bewegung herangewachsen, die – von Jugendlichen getragen – gegen die Institutionen des Kapitals, wie WTO, IWF, Weltbank, EU usw. gerichtet ist.

Von Nelli Tügel, Berlin

In Seattle, Washington, Okinawa, Prag, Nizza und anderen Städten gingen Zehntausende auf die Straßen, um gegen die Auswirkungen des Kapitalismus zu protestieren. Trotz vieler Versuche können sich die Wirtschaftsbosse nirgendwo mehr in Ruhe zusammensetzen. Das nächste Treffen der WTO soll in Katar stattfinden, wo noch nicht einmal Demonstrationsrecht besteht!

Diese neue Bewegung hat einen internationalen Charakter. Egal

ob in Japan, Osteuropa, Nordamerika oder Australien, überall wird der Unmut über den Kapitalismus und seine Auswirkungen laut.

Es ist längst an der Zeit über die Perspektiven, Ziele und das Programm einer weltweiten antikapitalistischen Bewegung zu diskutieren, sozialistische Ideen wieder ins Gespräch zu bringen und auf dieser politischen Grundlage eine Kraft aufzubauen, die den Kampf organisieren und ihn somit erfolgreich machen kann.

Fragen die sich dabei stellen sind u.a.: Wie können wir Armut und Elend abschaffen und was wollen wir erreichen? Kann man wirklich die Macht der Banken und Konzerne brechen und ist es realistisch für eine Gesellschaft zu kämpfen, in der nicht nach den

Profitinteressen einer kleinen Minderheit gewirtschaftet wird, eine Gesellschaft in der uns unsere Zukunft noch mehr als Arbeitslosigkeit, Armut, Krankheit durch Umweltkatastrophen usw. verspricht?

Und wie können wir eine Partei aufbauen, in der sich Jugendliche, ArbeiterInnen, Arbeitslose usw. für ihre Interessen organisieren können?

All diese Fragen gilt es zu diskutieren und zu beantworten.

Auf den Sozialismus-Tagen 2001 werden wir Theorie und Praxis des globalen Widerstandes diskutieren. AktivistInnen aus Israel, Schweden und Britannien werden berichten, diskutieren über das Geschehene und über das, was kommen wird – denn die Proteste gehen weiter. Wenn im

Juni in Göteborg der EU-Gipfel stattfindet, werden wieder aber tausende von DemonstrantInnen erwartet.

Desweiteren wird es Diskussionen um die oben genannten und andere brennende Fragen geben. In einer Debatte mit Autonomen AntifaschistInnen werden wir die Frage diskutieren, wie wir die Nazis zurückschlagen können. In einer weiteren Debatte mit Linksruck werden wir die Frage nach den Aussichten für den erfolgreichen Aufbau einer sozialistischen Bewegung stellen.

Kommt zu den Sozialismus-Tagen 2001, diskutiert mit und werdet aktiv.

Gemeinsam den richtigen Weg diskutieren – international die Diktatur der Banken und Konzerne bekämpfen!

- ★ Marxismus contra Stalinismus
- ★ Ché und Kuba heute
- ★ Arbeiterjugendbewegung – 1968 und was ist heute los?
- ★ Bildung ist ein Recht – kein Privileg!
- ★ Atompolitik – in eine strahlende Zukunft?

Neues vom Studentenwerk Aachen

Wie in der letzten Ausgabe der VORAN berichtet, hat das „Solikomitee – Stoppt die Arbeitgeberwillkür gegen Manni Engelhardt“ den Kampf für die Wiedereinstellung der drei entlassenen StudentInnen und für tariflich abgesicherte Arbeitsverträge für studentische Hilfskräfte aufgenommen.

Diese drei StudentInnen hatten sich per Unterschrift mit dem von Kündigung bedrohten Personalratsvorsitzenden Manfred Engelhardt solidarisch erklärt und sind auch aktiv im Solikomitee.

Mit Flugblättern und Kurzreden über Megaphon in den Hauptmensen haben wir die Studierenden zur Solidarität aufgerufen. Auch wenn bisher wenige StudentInnen an den Protestaktionen gegen die Geschäftsführung teilgenommen haben, die Resonanz ist trotzdem gut: in den Mensen gab es Applaus und einige Studis haben sich beim ASTA erkundigt, was im Studentenwerk vor sich geht. Bei einem Einstellungstermin des Studentenwerks Anfang Februar ist kein Student erschienen. Dies macht deutlich, dass viele StudentInnen die arbeiterfeindliche Politik der Geschäftsführung ablehnen.

Um die Kündigungen in der Öffentlichkeit rechtfertigen zu können, hat die Geschäftsführung eine Verleumdungskampagne gegen die drei entlassenen Studentinnen gestartet. Mit gefälschten



Protest in der Mensa gegen Kündigungen: Studentinvertriebsleiterin Anja Elsen (Mitte) wird zur Rede gestellt

Unterlagen wird ihnen unterstellt, den Geschäftsführer beleidigt zu haben. In den Mensen sammeln Mitarbeiter der Geschäftsführung unsere Flugblätter wieder ein und reißen sie sogar interessierten StudentInnen aus der Hand. Bei einer unserer „Spontankundgebungen“ in der Mensa sind wir von den besagten Mitarbeitern physisch bedrängt und mir ist unbefristetes Hausverbot erteilt worden.

Diese plumpen Einschüchterungsversuche werden uns nicht abhalten, die KollegInnen und die entlassenen StudentInnen wie bisher tatkräftig zu unterstützen. In den nächsten Wochen werden wir

Protestaktionen bei den anstehenden Gerichtsterminen organisieren. Am 8. März um 10.45 Uhr wird beim Verwaltungsgericht Aachen der Ausschluss aus dem Personalrat des Personalratsvorsitzenden Manni Engelhardt verhandelt. Am 11. April wird das Arbeitsgericht über die Rechtskräftigkeit der Kündigungen der drei StudentInnen entscheiden. Gleichzeitig werden wir versuchen, das Solikomitee auf breitere Füße zu stellen (Fachschaften, Studierende und GewerkschaftsaktivistInnen aus anderen Betrieben mit einzubeziehen).

Olaf van Aken, Aachen



Die JRE-Zeitung „No Pasaran“ zum Thema Asyl kann bei JRE Rostock bestellt werden (Adresse siehe SAV Rostock)

Die nächste Kampagne von JRE richtet sich gegen Sexismus und Gewalt gegen Frauen. Im Juni dann starten wir durch zur Demo gegen den EU-Gipfel in Göteborg.

Christine, Rostock

Kassel: Gesundheit statt Gewinne!

Seit Monaten gibt es in Kassel ein Hin und Her um die Privatisierungspläne der Großen Koalition. Wenn es Proteste der Belegschaften gab, hagelte es Versprechungen, die nur Wochen später keine Gültigkeit mehr hatten.

Vom Stadtkämmerer bis zum Geschäftsführer des Klinikums (der zurücktreten musste) ging bis jetzt die Reihe derer, die vom totalen Verkauf bis zur „Suche nach strategischen Partnern aus der Wirtschaft“ alles vorschlagen, womit sich Privatgewinne aus den städtischen Betrieben herauspressen lassen. Das alles schafft immer größere Verwirrung, weswegen die SAV Kassel am 9. Februar eine öffentliche Veranstaltung mit dem Titel „Gesundheit ist kein Börsenwert –

Privatisierung ist Diebstahl an öffentlichem Eigentum“ durchführte. 26 TeilnehmerInnen erlebten Erfahrungsberichte aus Aachen, Köln und London, in denen es Widerstand gegen Privatisierungen gab. Stefanie Nitschke, Betriebsrätin im Klinikum Kassel und SAV-Mitglied, berichtete über die Pläne der Geschäftsleitung des Klinikums und über wahrscheinliche Auswirkungen von Privatisierung oder „strategischer Partnerschaft“ (erster Vorschlag der Kürzungen ist die Streichung von 30 Ausbildungsplätzen). Ein Großteil der Anwesenden wollte sich an der Mobilisierung zu der Kundgebung gegen Privatisierung am Samstag, dem 3.3. beteiligen.

David Schultz, Kassel

Bremerhaven: 3.000 Unterschriften gegen die DVU



Ulrike Frey, Elsa Loock und Brent Kennedy bei der Übergabe der Unterschriften an den Stadtverordnetenvorsteher

In Bremerhaven hat ein Aktionsbündnis – unter maßgeblicher Beteiligung der SAV-Ortsgruppe – in den letzten Wochen 3.000 Unterschriften gegen die faschistische DVU gesammelt und der Stadtverordnetenversammlung übergeben.

Die Petition fordert die Rücknahme der Ortsgesetzänderung vom November 1999, durch das der DVU erst der Fraktionsstatus ermöglicht wurde. Außerdem klagen die UnterzeichnerInnen an, dass den Faschisten mit Steuergeldern unter die Arme gegriffen wird. Mit der gerade beschlossenen Erhöhung der „Aufwandsent-

schädigung“ kassiert die DVU jetzt 73.000 Mark pro Jahr – zuvor waren es knapp 60.000 Mark gewesen. Die Kampagne fordert: Keine öffentlichen Räume, Plätze und Gelder für die Nazis!

In den Medienberichten wurde Brent Kennedy für die SAV und das Aktionsbündnis mit den Worten zitiert: „Der Widerspruch könnte kaum krasser sein. Bundesweit verlangen SPD, CDU und Grüne das Verbot rechtsextremer Parteien, während sie hier in Bremerhaven völlig unnötig der DVU den Fraktionsstatus schenken, mit allen Geldern und Privilegien, die dazu gehören.“

Rostock: Flüchtlinge sind Menschen!

Die Rostocker SAV beteiligt sich aktiv am Aufbau von Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE) – einer antirassistischen, antifaschistischen und antikapitalistischen Jugendorganisation.

Gemeinsam organisierten wir eine Kampagne gegen die schlechten Bedingungen, unter denen Flüchtlinge hier leben müssen. Höhepunkt war eine Veranstaltung mit einem Vertreter der in Mecklenburg-Vorpommern mitregierenden PDS. 40 Leute kamen (sogar von Rügen). Alle brachten ihre Wut über die unmenschlichen und rassistischen Bedingungen zum Ausdruck.

Aufgrund der erfolgreichen und

öffentlichkeitswirksamen JRE-Arbeit der letzten Zeit, boten die Organisatoren des Konzertes „Rock gegen rechte Gewalt“ JRE an, mit auf der Bühne zu stehen und zum Publikum zu sprechen. Als sie aber merkten, dass JRE auch den staatlichen Rassismus und den verlogenen Antifaschismus der Politiker anprangerte, luden sie uns ganz schnell wieder aus... So stand JRE – „im Regen“ – vor der Konzerthalle. Wir verteilten Flugblätter, sprachen mit den Leuten und verkauften die No Pasaran. Wir sammelten Spenden und neue MitkämpferInnen, mit denen wir umso deutlicher machen: Es gibt keinen Kapitalismus ohne Rassismus.

Nachrichten aus der Internationale

Die SAV ist Mitglied im Komitee für eine Arbeiterinternationale (CWI – Committee for a Workers' International). Das CWI setzt sich für die internationale Einheit der ArbeiterInnen ein und organisiert grenzüberschreitende Gegenwehr und Solidarität. Ziel ist die weltweite Abschaffung des kapitalistischen Profitsystems und der Aufbau einer Föderation sozialistischer Demokratien. Das CWI hat Parteien und Gruppen in über 30 Ländern auf allen Kontinenten.

Frankreich

Nach 37 Streiktagen konnten die Busfahrer vom Busunternehmen TCAR in Rouen die Benachteiligung bzw. den Arbeitsplatzverlust von fünf KollegInnen erfolgreich abwehren. Gauche Revolutionnaire (GR) konnte gemeinsam mit den Frauen der Streikenden eine vierstündige Blockade in der Innenstadt auf die Beine stellen. Bei einer weiteren Blockade gelang es, das ganze Bus- und Straßenbahndepot dicht zu machen. Die Streikenden erklärten: „Wir haben das Tous ensemble auf sehr konkrete und sinnvolle Weise umgesetzt.“ Und einige meinten, dass sie ohne den AktivistInnen von GR keinen Sieg hätten davon tragen können.

Nordirland

In der NIPSA (eine Gewerkschaft des Öffentlichen Dienstes in Nordirland) wurden vier Mitglieder der Socialist Party und acht weitere linke KandidatInnen in die Gewerkschaftsführung gewählt.

In einer 18 Monate andauernden Kampagne gegen Lohnrückstände und schlechte Arbeitsbedingungen steht das Personal von mehreren Dutzend Schulen vor einem Erfolg. Die Socialist Party (SP) organisierte mit SP-Mitglied und NIPSA-Aktivist Padraig Mulholland in Enniskillen, Omagh, Derry, Ballymoney und Magherafelt Soliveranstaltungen. Die Veranstaltung in Omagh, die vom SP-Stadtrat Jonny McLaughlin geleitet wurde, zählte 60 TeilnehmerInnen.

Sri Lanka

Nach dem sich die Benzinpreise in sechs Monaten vervierfachen, die Busfahrpreise in drei Monaten um 100 Prozent sowie die Wasser- und Telefongebühren um 25 Prozent zunahm, steigt in der arbeitenden Bevölkerung von Sri Lanka die Wut auf die Regierung der Volksallianz. Die United Socialist Party (USP) findet derzeit viel Zuspruch für ihre Forderung nach einem Generalstreik, der gemeinsam von allen gewerkschaftlichen Organisationen über ethnische Konflikte hinweg organisiert werden soll. Die USP, die für das Recht der unterdrückten Tamilen auf Selbstbestimmung eintritt und in letzter Zeit auch im Nordosten an Unterstützung gewinnt, hat in den letzten Wochen hunderte Exemplare ihres neuen Buches verkaufen können, in dem sie ihr Parteiprogramm ausführlich erklärt. An der Veranstaltung, bei der das Buch öffentlich vorgestellt wurde, nahmen mehr als 50 BesucherInnen teil; 12 erklärten ihr Interesse am Eintritt in die USP.

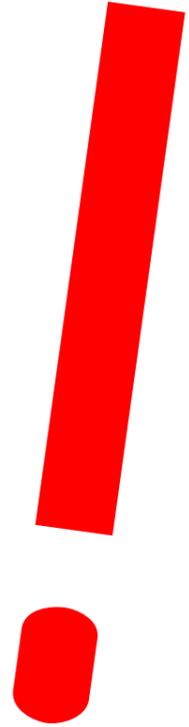
Adresse:
CWI, PO Box 3688,
London E11 1YE, GB
Tel.: 0044 20 8558 5814
Fax: 0044 20 8988 8793
E-Mail: cwi@worldsoc.co.uk
www.worldsocialist-cwi.org

Am 25. März bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg:

Im Wahlkreis Stuttgart 1: Tinette Schnatterer wählen

~~ELITE~~

KOSTENLOSE
BILDUNG
FÜR ALLE!



Am 25. März finden in Baden-Württemberg Landtagswahlen statt. Es wird versucht uns vorzumachen, dass wir die Wahl zwischen sehr verschiedenen Parteien und Personen hätten. So tritt Ute Vogt, SPD, („jung, dynamisch“) gegen Erwin Teufel, CDU, („erfahren, ernsthaft“) an. Die Politik der letzten Jahre beweist das Gegenteil: die etablierten Parteien unterscheiden sich kaum und arbeiten Hand in Hand, wenn es darum geht, die Profitinteressen der Banken und Konzerne durchzusetzen. Beschäftigte, Jugendliche, RentnerInnen und Arbeitslose brauchen eine Alternative, eine sozialistische.

Von Anne Schnatterer, Stuttgart

Kostenlose Bildung für alle!

Deutlich wurde diese Zusammenarbeit bei der Bildungspolitik: SPD und Grüne tönnten vor der Bundestagswahl noch, Studiengebühren zu verbieten. Doch die von CDU und FDP in Baden-Württemberg eingeführten Studiengebühren (zum Beispiel 1.000 Mark für „LangzeitstudentInnen“) gelten weiter – auch unter der SPD-Grünen-Bundesregierung.

In den letzten Jahren gab es im Bildungsbereich viele Kürzungen und Verschlechterungen:

➔ Der Leistungsdruck steigt: die Prüfungen werden schwerer (beim Abitur wird ein 5. Prüfungsfach eingeführt, in allen Studiengängen muss nach dem 2. Semester eine „Orientierungsprüfung“ abgelegt werden...)

➔ Die Lernsituation wird schlechter, da es an LehrerInnen mangelt und nicht das nötige Material vorhanden ist

➔ Die Bildung wird teurer, so müssen mehr Unterrichtsmaterialien selbst gekauft werden und es wurden Studiengebühren eingeführt

➔ Es wird verstärkt auf Elitebildung gesetzt: An einigen Schulen wurde das 8-jährige Gymnasium eingeführt, Privat-Unis werden gefördert, während anderswo gespart wird

Im Interesse von Banken und Konzernen wird allgemein gespart und eine kleine Elite gezüchtet. Die Wirtschaftsinteressen gewinnen aber auch direkt über „Drittmitter“ oder „social sponsoring“ ein größeres Gewicht an Schulen und Hochschulen.

Das ganze führt dazu, dass sich nur

noch ein paar wenige mit dem nötigen Geld eine gute Bildung leisten können.

Bildung ist ein Recht, kein Privileg. Wir treten für kostenlose Bildung für alle ein, die sich nicht nach den Interessen der Wirtschaft richtet. Dazu sind kleinere Klassen (maximal 15 SchülerInnen) und neue LehrerInnen nötig. Wir fordern die Einstellung von zusätzlich 3.000 LehrerInnen im Jahr.

Castor: NiX da!

Bundesweit tut sich Rot-Grün durch die geplanten Castor-Transporte und den Nicht-Ausstieg aus der Atomenergie hervor (siehe weitere Artikel in dieser Ausgabe).

Auch hier wird deutlich, dass diese Parteien nicht unsere Interessen vertreten. Wer die Castor-Transporte verhindern will, muss selbst aktiv werden. Ob AKW Wyhl, WAA Wackersdorf oder Schneller Brüter in Kalkar – durch die Mobilisierung von unten konnte immer wieder etwas erreicht werden. Auf die Dauer kann dies aber nur der erste Schritt sein. Mit der Kandidatur bei den Landtagswahlen wollen wir auch hier ein Zeichen setzen: Gegen rot-grüne Atompolitik hilft nur der Aufbau einer inhaltlichen und personellen Alternative.

Nein zu Stuttgart 21

Auch in Baden-Württemberg behaupten sowohl SPD als auch CDU, ein Prestigeprojekt wie Stuttgart 21 sei „umweltfreundlich“. Dabei wird der Hauptbahnhof für Milliarden unter die Erde verlegt. In erster Linie um den Standort Stuttgart/Baden-Württemberg attraktiver zu machen, in zweiter Linie um den ICE-Fernverkehr für Unternehmer und Manager besser zu gestalten. Die Bahn als Verkehrsmittel in der Fläche wird einem Flughafenzubringer geopfert. Gerettet wurde das Ganze, indem Ministerpräsident Teufel milliardenschwere Zusagen machte - und wir bezahlen dafür.

Wir fordern den Ausbau eines kostenlosen Nahverkehrs und öffentliche Investitionen in Schulen, Krankenhäuser und Kindertagesstätten statt Milliarden für Prestige-Tunnels 21.

Ob in Stiefeln oder Anzug: Stoppt Nazis & Rassisten

Im letzten Sommer fand in Stuttgart der erste NPD-Aufmarsch seit langem statt. In den letzten Monaten kam es zu Über-

griffen auf Nicht-Deutsche. Die NPD wird in 33 Wahlkreisen bei der Landtagswahl antreten. Die Republikaner, die im Landtag bisher mit 9 Prozent vertreten sind, werden flächendeckend kandidieren. Die etablierten Parteien geben vor, gegen die Nazis vorzugehen. An der rassistischen Politik aus Kohls Zeiten gegen ImmigrantInnen hat sich unter Rot-Grün allerdings nichts verändert: nach wie vor gibt es Abschiebeknäste, nach wie vor gibt es Menschen erster und zweiter Klasse, zum Beispiel beim Wahlrecht, Aufenthaltsrecht usw. Die Hetze der Rechtsextremisten war meist nur eine Fortsetzung der Aussprüche etablierter Politiker. (Schröder: „Kriminelle Ausländer – raus und zwar schnell.“, Rüttgers: „Kinder statt Inder“, Beckstein: „Wir müssen unterscheiden zwischen Ausländern die uns nutzen, und Ausländern die uns ausnutzen.“)

Wir stellen uns auch im Wahlkampf den Nazis in den Weg und lassen sie nicht ihre Propaganda verbreiten. Wir wehren

uns dagegen, dass ihnen öffentliche Plätze oder Räume überlassen werden, um ihre Hetze zu verbreiten.

Für eine sozialistische Alternative

Es ist kein Zufall, dass alle etablierten Parteien die gleiche Politik betreiben. Sie handeln im Auftrag der gleichen Leute: In den Vorstandsetagen von Deutscher Bank und DaimlerChrysler werden die Entscheidungen getroffen. Wir wehren uns gegen diese Diktatur der Banken und Konzerne, in der Profite alles und die Bedürfnisse der Menschen und der Umwelt nichts zählen.

Beschäftigte, Jugendliche, Arbeitslose – wir alle haben zurzeit keine große Partei, die unsere Interessen vertritt und sich mit denen der Banken und Konzerne anlegt. Für uns kommt es darauf an, eine solche Partei mit sozialistischem Programm aufzubauen und auf allen Ebenen eine Alternative anzubieten. Als ein Beitrag dazu

kandidiert Tinette Schnatterer, SAV Mitglied, langjährige Aktivistin im Stuttgarter SchülerInnenRat (SSR) und aktiv im Kampf gegen Stuttgart 21, im Wahlkreis Stuttgart 1 als Einzelkandidatin.

Sie tritt dafür ein, der Profitlogik ein Ende zu setzen. Dazu müssen die Banken, Konzerne und Versicherungen in Gemeineigentum überführt und unter demokratische Leitung und Kontrolle gestellt werden. Alle VertreterInnen, die unsere Interessen wahren sollen, dürfen nicht mehr als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn erhalten und müssen jederzeit rechenschaftspflichtig und abwählbar sein.

Wir rufen dazu auf, am 25. März im Wahlkreis Stuttgart 1 Tinette Schnatterer zu wählen. Entscheidend ist, selbst etwas zu tun und der SAV als sozialistischer Partei beizutreten. ■

Am 25. März 2001:



Tinette Schnatterer
Einzelkandidatin



Infos, Kontakt & VisdP: SAV Stuttgart, c/o Stephan Kimmerle, Fon & Fax: 0711 / 24 24 42
eMail: Stuttgart@SAV-online.de, <http://www.SAV-online.de/Stuttgart>

Mach mit bei der SAV

Ich möchte ...

- ... weitere Informationen über die SAV
- ... Mitglied der SAV werden

Name, Telefon

Adresse

Einsenden an: Sozialistische Alternative, Littenstr. 106/107
10179 Berlin, Telefon: 030-24723802, Fax 030-24723804
e-mail: info@sav-online.de

JA, ich möchte die VORAN abonnieren:

- zehn Ausgaben zu 25 DM
- ein Förderabo mit einer monatl. Spende von ___ DM bezahlen
- zusätzlich ___ Exemplare zum Weiterverkaufen

Name, Telefon

Adresse

Infos: 030-24723802
www.sav-online.de